

## **Wortprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz**

38. Sitzung  
27. Juni 2024

Beginn: 09.00 Uhr  
Schluss: 11.59 Uhr  
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

##### **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung – neu –

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 19/1446  
**Zweites Gesetz zur Änderung des  
Grünanlagengesetzes**

[0149](#)  
UK(f)  
InnSichO\*

Zu diesem Punkt liegt die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung vom 17. Juni 2024 vor. Darin empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich mit den Fraktionen der CDU und der SPD gegen die Fraktion Die Linke, bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der AfD-Fraktion die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1446. Des Weiteren liegt zu diesem Punkt ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD vor. Dieser wurde Ihnen gestern vom Ausschussbüro übermittelt und liegt Ihnen ebenfalls als Tischvorlage vor. Zur Erläuterung der Vorlage zu TOP 3 durch den Senat würde ich zuerst das Wort an Frau Senatorin Bonde geben, und dann würden die beiden Fraktionen das eventuell begründen. – Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Ute Bonde** (SenMVKU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es handelt sich hierbei um ein Gesetz, das durch den Senat eingebracht worden ist. Ziel dieses Änderungsgesetzes – darauf sei noch einmal besonders hingewiesen – ist es, dass insbesondere im Einzelfall genehmigte Sondernutzungen von Grünanlagen nicht ohne Weiteres sichergestellt haben, dass nicht nur der Schutz der Grünanlage selbst, sondern auch die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, die diese Grünanlagen besuchen, tatsächlich gegeben war. So hat es in der Vergangenheit wiederholt Klagen gegeben, die dazu geführt haben, dass das Verwaltungsgericht entschieden hat, dass die von den Bezirken ergriffenen Maßnahmen rechtswidrig und nicht durch das Gesetz gedeckt waren, sprich, dass es eine Gesetzeslücke gegeben hat. Ich möchte da gerne Beispiele nennen, beispielsweise hinsichtlich der Schließzeiten, aber auch hinsichtlich der Sicherheitsauflagen, die im Rahmen von Sondernutzungen erteilt worden sind, so beispielsweise Brandschutz. Die Bezirke sind insofern auf den Senat zugekommen und haben um Unterstützung gebeten, dass diese Gesetzeslücke geschlossen wird, die im Gesetz vorhanden war, damit sie nicht ständig durch die Verwaltungsgerichte mit der Maßgabe, dass sie rechtswidrig gehandelt haben, verurteilt werden. Das haben wir sichergestellt. Wir haben darüber hinaus mit dem neuen Gesetz sichergestellt, dass es auch zu Schließzeiten kommen kann und somit auch Gewalt- und Eigentumsdelikte und Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz hoffentlich durch das neue Gesetz entsprechend eingedämmt werden können. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Bonde! – Wir kommen zur Begründung des Änderungsantrags, der uns gestern zugeschickt und heute ausgedruckt vorgelegt wurde. Da werden beide Fraktionen das begründen. – Zuerst für die Fraktion der SPD Frau Vierecke – Bitte!

**Linda Vierecke** (SPD): Vielen Dank! – Wir hatten Debatte im Plenum Anfang dieses Jahres zum Grünanlagengesetz, zur Einbringung des Senats, die uns auch erst einmal überrascht hat. Ich habe damals im Plenum gesagt, dass mich vor allem eine Sache stört, und das ist genau dieser § 6 Absatz 4, in dem im Originaldokument die Rede davon ist, dass aufgrund von

„sonstigen öffentlichen Interessen“ Parks oder Teile auf Benutzungsarten und Öffnungszeiten beschränkt werden können. Diese Formulierung fanden wir als SPD-Fraktion nicht haltbar, weil sie schwammig ist und zum Teil uferlos. „Sonstige öffentliche Interessen“ können je nach Auslegung viel bedeuten. Es hat eben auch die Angst unter vielen in der Stadt geschürt, dass jede Lärmbelästigung dazu führen könnte, das mein Volkspark geschlossen wird. Das ist nicht unser Ziel, denn die Parks sind wichtige Freiräume, und wir brauchen sie offen und zugänglich.

Zu unserer Änderung: Uns war wichtig, sicherzustellen, dass es eine Einschränkung nur wegen wirklich erheblicher Straftaten geben kann. Wir erwähnen deshalb auch die Anknüpfung an das Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz, wo es wirklich um erhebliche Straftaten geht. Das ist nichts, was irgendwie lapidar passieren kann, sondern ist wirklich an die kriminalitätsbelasteten Orten angelehnt. Diese Einstufung erfolgt nicht durch das Bezirksamt, sondern durch die Polizei. Das war die wichtige Änderung. Es soll auf keinen Fall jeder Lärm zu Einschränkungen führen. Parks sind wichtige Erholungsflächen und Flächen für die Gemeinschaft. Wir haben in der Coronapandemie alle gemerkt, wie wichtig es ist, dass die Parks offen sind und auch Orte gerade für junge Menschen bleiben. Vielleicht muss man auch in die Geschichte zurückschauen: Der Volkspark trägt genau den Namen, weil er damals für das Volk angelegt wurde. Das war vor vielen Jahren auch ein Novum. Früher waren Parks nur für Teile der Gesellschaft zugänglich, und ich glaube, dass wir das auf jeden Fall erhalten müssen. Das ist das Ziel dieser Änderung

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Vierecke! – Herr Freymark, bitte, für die CDU-Fraktion!

**Danny Freymark (CDU):** Vielen Dank! – Ich will auch gerne noch einmal die Kritik von Frau Gennburg aufgreifen. Wenn man sich das genauer anschaut, dann lassen wir den Punkt gelten, ist ja klar, dass es eine sehr kurzfristige Änderung der Tagesordnung ist, unzweifelhaft. Natürlich ist es kurzfristig, wenn man um 9 Uhr eine Tagesordnung anpasst und gestern davon erfährt, aber die öffentliche Debatte hat sich ja, und das hat Linda Vierecke gerade gut ausgeführt, auf einen einzigen Punkt kapriziert und konzentriert, nämlich auf die Frage, ob wir die Bezirke in die Situation bringen, selbstständig und klar juristisch geregelt auch mal Auflagen zu erlassen, wie bei einem Weihnachtsmarkt, der dort stattfindet, oder Ähnliches, zum Beispiel einen Zaun drum herum zu bauen oder zumindest provisorisch aufstellen zu dürfen. Das wäre Stand jetzt nicht möglich gewesen oder wurde auch versagt.

Natürlich ist auch das Thema des Görlitzer Parks eines, wo wir zugesagt haben, diesen Park sicherer machen zu wollen, und gemeinsam zu der Erkenntnis gekommen sind, einen Zaun zu bauen. Das kann man kritisch sehen, aber es gibt dafür eine wahrnehmbare Mehrheit, die das wünscht, einen Zaun herumzubauen. Deswegen, bei aller Kritik, die in diesem Kreise auch richtig ist und die uns vielleicht auch besser macht, wenn sie hier artikuliert wird, will ich darauf verweisen, dass die wesentliche Änderung darin besteht, dass wir einen weiteren Satz ergänzen. Das wird natürlich vorausgestellt, dass man das ein bisschen eingrenzt, aber im Wesentlichen kommt der Satz dazu:

„Im Übrigen kann die Bezirksverwaltung zum Schutz der Anlage, von Anlagenteilen oder zur Verhinderung von Straftaten von erheblicher Bedeutung im Sinne des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes Maßnahmen nach Satz 1 ergreifen.“

Die Linke habe ich in der Vergangenheit nicht so vernommen, dass sie kein Interesse an sicheren und guten Aufenthaltsorten wie unsere Grünanlagen hat. Deswegen: Ich verstehe die Skepsis, ich verstehe den Ärger, aber inhaltlich ist eindeutig: Wer dagegen ist, hat eigentlich nicht verstanden, wie die Lebensrealität der Menschen in unseren Grünanlagen aussieht.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Freymark! – Frau Gennburg und dann Frau Schneider sind an der Reihe.

**Katalin Gennburg (LINKE)** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wer hier was verstanden hat, Herr Freymark, das ist die große Frage. Als Stadtentwicklungspolitikerin möchte ich sehr grundsätzlich noch einmal die Frage von Raumnutzung und öffentlichen Räumen in der Stadt als einem hohen Gut als Einstieg in die Debatte wählen. Frau Vierecke, Sie haben es schon gesagt. Es war früher so, dass Parks vor allem dem Bürgertum vorbehalten waren. Es war eine Errungenschaft auch der Kämpfe der Arbeiter- und Arbeiterinnenklasse, dass der öffentliche Raum tatsächlich allen zur Verfügung steht und in dieser Weise auch ein hohes Gut darstellt, dass er eben nicht exklusiv zur Verfügung steht und auch nicht beschränkt wird, weshalb ich und auch meine Partei generell gegen Zäune um Parks sind.

Die Einschränkung des öffentlichen Raums, die Sie mit der Änderung des Grünanlagengesetzes vorlegen, ist rechtlich zu begründen, und darum dreht sich der Streit. Die Frage ist, ob es keine milderen Mittel gibt und ob dieser Eingriff verhältnismäßig ist. Was genau ist der Hintergrund, warum Sie das tun? Ich nehme an, dass Sie es auch deswegen tun, weil Sie die Schließungsabsichten oder die Alkoholverbote, die es in der Vergangenheit gab, die gerichtlich aufgehoben wurden, gut finden. Ich finde es gut, wenn man in einer Grünanlage Alkohol trinken kann. Ich erinnere mich an meine Jugend als wir schön im Treptower Park abgehängt haben. Meine Tochter hängt auch in irgendwelchen Parks ab, viele andere Kinder auch. Ich frage mich, welche Realität Sie eigentlich vor Augen haben, Herr Freymark.

Angelika Siehr leitet aus dem Eigentum in öffentlicher Hand ein Recht am öffentlichen Raum ab, das die räumliche Dimension der allgemeinen Handlungsfreiheit schützen soll. Es gibt das Recht am öffentlichen Raum und das Recht auf öffentlichen Raum. Das Recht auf öffentlichen Raum als Zugangsrecht und Teilhabeanspruch wollen Sie einschränken. Deswegen lehnen wir Ihre Intention zur Änderung ganz klar ab. Ich will, weil Sie jetzt total spontan das gestern hier eingebracht haben und ganz spontan gestern Nachmittag einen Änderungsantrag vorlegt haben, eher ganz grundsätzlich zu Ihrem Begehren Stellung nehmen und bitte darum, dass es jetzt auch kurz diese Ausführungen braucht, weil es eine sehr grundsätzliche Debatte ist, zu der wir übrigens wirklich gerne eine Anhörung mit Expertinnen und Experten gehabt hätten. Ich bitte an dieser Stelle auch um ein Wortprotokoll.

Bisher dürfen die Bezirke Beschränkungen, Verbote und Gebote nach § 6 Absatz 4 GrünanlG nur verhängen, wenn sie damit grünanlagenspezifische Zwecke verfolgen. Das hat das Verwaltungsgericht Berlin so geklärt. Für die Gefahrenabwehr, insbesondere für die Verhinderung von Straftaten, gilt wiederum das Allgemeine Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, das sogenannte ASOG. Für Maßnahmen der Polizei ist jedoch Voraussetzung, dass eine Gefahr vorliegt. Das soll sich durch die Gesetzesänderung ändern. Danach sollen Beschränkungen, Verbote und Gebote nach § 6 Absatz 4 GrünanlG zum Schutz der Anlage oder von Anlagenteilen, der Anlagenbesucher oder sonstiger öffentlicher Interessen zulässig sein. Der Begriff der „sonstigen öffentlichen Interessen“, den Sie jetzt offenbar ir-

gendwie einschränken, ist denkbar weit und umfasst zum Beispiel auch die Kriminalprävention. Anders als nach dem ASOG setzt das Gesetz jedoch keine Gefahr voraus, um genau zu sein, gibt es nach dem Gesetzentwurf überhaupt keine objektiven Voraussetzungen für Beschränkungen, Verbote oder Gebote. Die Behörde muss lediglich subjektiv den Schutz öffentlicher Interessen bezwecken. Das ist verfassungswidrig, weil es der Exekutive viel zu weitreichende Befugnisse einräumt.

Nach dem neuen Gesetz können auch gänzlich andere Zwecke verfolgt werden. Das ist jetzt unklar, wie Sie das genau auslegen wollen, aber zum Beispiel wäre denkbar, dass der Konsum von Cannabis in Parks, der gerade erst von der Bundesebene ermöglicht wurde, oder das Mitführen von Getränken, wie wir das von anderen Ländern kennen, um zum Beispiel die lokale Gastronomie zu stärken, eingeschränkt würden. Auch andere Dinge, die die Bewegungsfreiheit in den Grünanlagen betreffen, könnten eingeschränkt werden. Unabhängig von der Gesetzesänderung dürfte die Schließung des Görlitzer Parks rechtswidrig sein, denn der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz – und um den Görlitzer Park geht es hier vor allem Ihnen – gilt auch bei der Anwendung des Grünanlagengesetzes. Die Schließung dürfte schon ungeeignet sein, Straftaten zu verhindern, weil diese sich lediglich zeitlich und örtlich verlagern. Jedenfalls steht der mit der Schließung einhergehende Eingriff in die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger außer Verhältnis zum erhofften Gewinn an Sicherheit. Es ist schlicht unverhältnismäßig, allen Bürgerinnen und Bürgern die Nutzung des Parks zu untersagen, obwohl nur Einzelne Straftaten begehen.

Ich möchte persönlich noch einmal sagen, dass der Görli eben nicht Herrn Wegners Vorgarten ist, sondern der gesamten Stadtgesellschaft gehört. Nutzungseinschränkungen bedürfen einer besonderen Rechtfertigung, vor allem, wenn sie auch Bürgerinnen und Bürger treffen, die sich völlig regelkonform verhalten. Die nächtliche vollständige Schließung ist völlig unverhältnismäßig, weil sie zum Beispiel auch Radfahrende betrifft, die diesen Raum als Verbindungsraum brauchen. Deswegen bedanke ich mich zumindest erst einmal bei dem Rechtsanwalt David Werdermann, der mir diese Einschätzung vorgebracht hat, und hätte mir wirklich eine andere Debatte auch mit Sachverständigen im Ausschuss gewünscht. Ich bin gespannt, was jetzt noch an weiteren Argumenten kommt. Wir werden dieses Vorhaben definitiv ganz klar ablehnen.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke schön! – An dieser Stelle möchte ich die Ausschussmitglieder daran erinnern, dass wir eine lange Tagesordnung haben, die Sie gemeinsam beschlossen haben. Daran möchte ich Sie erinnern und auch daran, auch wenn Sie keine Redezeitbegrenzung haben, dass Sie bitte auf die Zeit achten, damit wir die Tagesordnung heute bis 12 Uhr abarbeiten können. Ich würde diese Sitzung nicht verlängern wollen, weil wir in den letzten Wochen leider immer wieder verlängert haben. Weil Frau Gennburg einen Antrag auf die Anfertigung eines Wortprotokolls gestellt hat, möchte ich die Ausschussmitglieder fragen, ob Einvernehmen damit besteht. – Da sehe ich Kopfnicken. Dann wird ein Wortprotokoll erstellt. – Danke! – Jetzt habe ich auf der Redeliste Frau Schneider, Herrn Bertram, Herrn Freymark und Frau Vierecke. – Frau Schneider, bitte!

**Julia Schneider (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Sie haben natürlich recht; wir haben eine volle Tagesordnung und einigen Kollegen ist es immer besonders wichtig, pünktlich fertig zu sein, und dann ist es umso misslicher. Man sieht, dass es einen großen Ausdrucksbedarf zu diesem Änderungsantrag und zu diesem Tagesordnungspunkt, der kurzfristig

eingeführt wurde, gibt. – Ich danke auch der Kollegin Gennburg, die die Stadtentwicklungsperspektive und auch eine rechtliche Perspektive aufgemacht hat. Ich sitze hier als Umweltpolitikerin, und natürlich befasse ich mich mit dem ASOG, wenn es in einem Änderungsantrag notwendig ist, aber ich schaffe es nicht innerhalb von deutlich unter 24 Stunden. Wir haben auch noch andere Dinge, die wir den Tag davor vielleicht erledigen müssen, und Vereinbarkeit steht auf einem ganz anderen Blatt, hat mit diesem Parlament scheinbar nicht so viel zu tun. Deswegen sind wir schon verärgert, dass das so kurzfristig kam. Ich hätte mich gerne in der Tiefe damit befasst und kann tatsächlich jetzt hierzu fachlich nicht viel beitragen. Deswegen werden wir uns an dieser Stelle enthalten, aber ich möchte noch einmal ausdrücken, dass wir hier sehr gerne eine ordentliche Diskussion gehabt hätten, mit genügend Zeitumfang, um auch alle Punkte abzuwägen. Das Beispiel des Zauns um den Görlitzer Park ist nun denkbar schlecht, weil der Bezirk das gar nicht möchte. Das ist absurd hier.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Schneider! – Herr Bertram, bitte!

**Alexander Bertram (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielleicht erst einmal zu dem Ursprungsantrag zur Änderung des Grünanlagengesetzes: Wir hatten das damals im Plenum bereits gesagt, dass da ein paar gute Sachen dabei sind, wie zum Beispiel die Änderungen in § 7, also die Änderungen zu den Ordnungswidrigkeitstatbeständen. Da gehen wir durchaus mit, das ist auch so weit in Ordnung, aber dass wir überhaupt über die Schließung von Parks reden müssen, ist im Grunde – da müssen wir uns ehrlich machen – ein Armutszeugnis für diese Stadt. Es muss vorrangig darum gehen, die Kriminalität, die wir dort haben, nachhaltig zu bekämpfen und nicht zu sagen: Da ist halt die Kriminalität, dann schließen wir jetzt einfach den Park –, das geht so an der Stelle auch nicht.

Es bleibt auch völlig offen, wie das übrigens in der Praxis ablaufen soll. Das ist auch eine ganz große Frage, die sich da für uns stellt. Wenn Sie sich mit Ihrem Änderungsantrag auf den § 21 Absatz 2 Nummer 1 beziehen, also auf die mittlere Kriminalität, die Sie, glaube ich, da nennen, dann ist es schon ganz spannend, wie das dann ablaufen soll, wenn es darum geht, dass sich dort halt irgendwie Kriminelle zu Straftaten verabreden, dass Sie dann auf einmal die Benutzungszeiten einschränken wollen, anstatt sich um die Kriminalität an sich zu kümmern. Dass es dann das Ergebnis sein soll, dass man die Schließzeiten des Parks ändert, ist bei der ganzen Angelegenheit ein bisschen schräg. Das ist eine Verschlimmbesserung des ursprünglichen Antrags. Das ist aus unserer Sicht leider nur eine Symptompolitik, mit der wir es hier zu tun haben. Darum lehnen wir den Änderungsantrag an der Stelle auch ab. Wir werden uns bei der Änderung letztendlich enthalten, weil wir da einige gute Punkte darin sehen, aber mit dieser geänderten Fassung können wir so nicht mitgehen. Auch wenn wir der Änderung der Tagesordnung zugestimmt haben, weil wir es auch für richtig halten, dass wir endlich das Problem in den Parks anpacken, wo durchaus auch richtige Ansätze da sind, müssen wir aber trotzdem auch kritisieren, dass wir uns gerne ausführlicher mit der ganzen Thematik auseinandergesetzt und auch gerne die Zeit genommen hätten, mal zu diskutieren, wie das Ganze in der Praxis ablaufen soll. Da sind noch viele Fragen, und die werden wir wohl heute auch nicht beantwortet bekommen. – Danke schön!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Bertram! – Herr Freymark, bitte!

**Danny Freymark (CDU):** Vielen Dank auch noch einmal für den Einwurf der unterschiedlichen Argumente! Ich will vielleicht einfach festhalten: Wir hatten am 22. Februar eine sehr

ausführliche Plenardebatte. Da hat übrigens Frau Vierecke gesagt, ich erinnere mich gut daran, dass sie genau bei diesem Thema, was wir heute diskutieren, Bauchschmerzen hat. Diese Bauchschmerzen haben dazu geführt, dass wir eine Formulierung gewählt haben, die offensichtlich dazu beiträgt, bei erheblichen Straftaten, Möglichkeiten zu haben, in den Parks andere Sicherheitsvorkehrungen vorzunehmen als keine. Das finde ich gut, das findet die CDU-Fraktion gut, und ich weiß, dass es viele Menschen der Stadtgesellschaft gut finden.

Ihre Tochter und auch Sie selbst und alle Ihre Freunde, liebe Frau Gennburg, werden dort weiterhin Alkohol konsumieren können, sollten Sie aber auf die Idee kommen, maßgeblich strafrechtlich relevante Taten zu begehen, was leider oft auch im Kontext von Alkoholkonsum stattfindet, wäre das nicht mehr erlaubt, und das finde ich gut so, damit kann ich gut leben. Die Kritik in der Bewertung, wie viel Öffentlichkeit richtig und welche Beteiligung angemessen gewesen wäre, ist ja berechtigt, und sie ist im Übrigen auch berechtigt, selbst wenn man drei Beteiligungsformate hatte. Es obliegt – und auch gerne für die Zuschauerinnen und Zuschauer – jedem Abgeordneten jeder Fraktion über Fragen an den Senat, über Bestellungen von der Idee einer Anhörung, was heute unser weiteres Ziel ist, über die Anmeldungen von Tagesordnungspunkten das zu machen. Die Presselage war eindeutig, da wurde wohlgemerkt schon damals im Dezember 2023 darüber geschrieben, dass da etwas geplant ist, dass etwas organisiert wird, dass die Koalition Ideen hat. Das heißt, die öffentliche Debatte findet seit einem halben Jahr statt und sich jetzt auf einen Engpass, den es wie gesagt zugegeben gibt, nämlich auf die Frage, wann diese Vorlage reinkommt, zu konzentrieren, finde ich in der Argumentation zu wenig. Bis Donnerstag, bis zum nächsten Plenum, haben Sie auch die Möglichkeit, weitere Änderungsanträge einzubringen. Das heißt, dass Ihre Sichtweise nicht nur in dem Wortprotokoll hinterlegen, sondern auch parlamentarisch geltend machen können. Das finde ich als Demokrat wichtig, dass Sie diese Möglichkeit haben.

Bitte respektieren Sie: Wir sind alle Interessensvertreter für Heimat, für die Region, für Menschen, für einzelne Interessensgruppen, für eine Partei, aber elf von zwölf Bezirksbürgermeister sagen: Diese Maßnahme ist wichtig. Wir brauchen diese gesetzliche Anpassung. – Es wird immer darüber gesprochen, ob wir dienlich sind und ob wir den Leuten helfen, oder ob wir an den Realitäten vorbei Politik machen. Ich möchte an der Stelle nicht an Realitäten der Leute vorbei Politik machen, sondern ich möchte, dass wir hier unterstützen und helfen. Sorgen ja, aber bitte bei den Fakten bleiben! Von dem, was Sie genannt haben, liebe Frau Gennburg, sind viele Dinge schlichtweg nicht Teil dieses Gesetzes, und demnach ist diese Sorge an der Stelle auch unberechtigt. Ich verstehe die Ablehnung beziehungsweise die Enthaltung, und wir werden am Donnerstag in der nächsten Woche in der Plenardebatte ausführlich Gelegenheit haben, die Argumente auszutauschen. Nehmen Sie aber bitte auch zur Kenntnis, dass SPD und CDU seit einem halben Jahr darüber diskutiert haben, sehr gerne auch bilateral, und wir sind jetzt zu diesem Ergebnis gekommen, zu dem wir gekommen sind.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Freymark! – Frau Vierecke, bitte!

**Linda Vierecke (SPD):** Vielen Dank! – Tatsächlich gab es auch im Innenausschuss vor zehn Tagen dazu das Thema und auch eine Enthaltung der Grünenfraktion. Die Grünenfraktion hat sich auch damit auseinandergesetzt. Wenn der Informationsfluss bei Ihnen nicht stimmt, kann ich leider nichts machen. Ich musste mich als Umweltpolitikerin auch damit auseinandersetzen, wie man damit umgeht, und es ist genau der Punkt, zu dem ich gekommen bin. Frau Gennburg, Sie haben sich noch einmal massiv auf die „sonstigen öffentlichen Interessen“ be-

zogen, die wir bewusst rausgenommen haben, weil wir gesagt haben, dass die Schwelle wirklich hoch sein muss. Wenn wir auf die Verhältnismäßigkeit schauen, muss es wirklich so gravierend sein, was die Straftaten angeht, mindestens mittlere Kriminalität. Das sind Freiheitsstrafen, die mehr als fünf Jahre betragen. Das muss man sich noch einmal vor Augen führen, dass wir auch eine Verantwortung gegenüber der Sicherheit der Menschen, die die Parks benutzen, haben. Es ist aber auch eine sehr hohe Hürde, und das war uns als SPD-Fraktion wirklich auch wichtig, da eine Unterscheidung zu machen. Es kann nicht sein, dass wir den Bezirken da zu weite Möglichkeiten geben. – Das war es. Danke!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Vierecke! – Auf der Redeliste habe ich Frau Gennburg, Frau Schneider und Herrn Koçak. – Frau Gennburg, bitte!

**Katalin Gennburg (LINKE):** Vielen Dank, Frau Vierecke, für die Replik! – Das gibt mir die Gelegenheit, da noch einmal eine ernsthafte Nachfrage zu stellen. Sie haben schon gesagt, dass Sie sich damit auseinandergesetzt haben. Dann können Sie meine Fragen sicherlich auch gut beantworten. Sie knüpfen mit der neuen Regelung, die Sie als besser beschreiben, an die sogenannten kriminalitätsbelasteten Orte als Instrument an, aber die Voraussetzung dafür sind sehr niedrig. Sie haben gerade gesagt: Das ist dann alles viel besser. Wenn wir es daran hängen, gibt es eine andere zusätzliche Hürde. – Nein, das Gegenteil ist der Fall! Ich will das einfach mal fragen: Zudem sollen Verbote und Beschränkungen – Zitat – „zur Verhinderung von Straftaten von erheblicher Bedeutung“ – Zitat Ende – möglich sein. Da wird also wieder nur auf den Zweck abgestellt. Anders als nach dem ASOG setzt das Gesetz also keine Gefahr der Begehung solcher Straftaten voraus. Um genau zu sein, gibt es nach dem Gesetzentwurf überhaupt keine objektive Voraussetzung für Beschränkungen, Verbote oder Gebote. Die Behörde muss demnach lediglich subjektiv die Verhinderung solcher Straftaten bezwecken. Jetzt ist die Frage, wie Sie dazu stehen, oder habe ich da irgendetwas falsch verstanden. In Bezug auf Satz 1 ist auch die Frage – die zwar sehr niedrigen objektiven Voraussetzungen, das Vorliegen eines kriminalitätsbelasteten Ortes –, wie damit umgegangen wird, dass die Zweckbestimmung fehlt. Bei Satz 2 hat diese Zweckbestimmung – Zitat – „zur Verhinderung von Straftaten von erheblicher Bedeutung“ eben keine Gefahr als objektive Voraussetzung. Wie möchten Sie jetzt diesen Satz 1 und Satz 2 im Sinne einer wirksamen Einhegung der Befugnisse zusammenführen? Das würde ich gerne von Ihnen erfahren. – Danke!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Gennburg! – Frau Schneider, bitte!

**Julia Schneider (GRÜNE):** Ich bedanke mich jetzt noch einmal bei Frau Gennburg, und ich möchte das entschieden zurückweisen, dass wir uns –– Das Problem an diesem Änderungsantrag ist die Verknüpfung mit dem ASOG. Das habe ich vorhin schon gesagt, und das war vorher nicht in aller Munde, das war nicht im Gespräch. Der Innenausschuss hat sich passenderweise schon mit der Drucksache, auf die Sie den Änderungsantrag stellen, beschäftigt, aber eben nicht mit diesem Änderungsantrag, wo die Verknüpfung mit dem ASOG und dadurch auch mit den kriminalitätsbelasteten Orten enthalten ist. Ich spreche über Dinge, die nicht mein Fachgebiet sind. Deswegen sage ich, dass wir uns auf so eine Debatte vorbereiten müssen. Zum Glück haben wir fachkundige Menschen hier sitzen. Deswegen enthalten wir uns. Ich will es nur noch einmal klarmachen: Wir haben uns vorher damit nicht auseinandersetzen können.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Schneider! – Herr Koçak, bitte!

**Ferat Koçak (LINKE):** Ich wollte heute eigentlich nichts dazu sagen, aber ich komme nicht drum herum. Als gebürtiger Kreuzberger weiß ich natürlich, dass es hier vorrangig um den Görlitzer Park geht; die Debatten hatten wir. Aber kurz noch einen Schritt vorher: CDU und SPD legen immer sehr viel Wert auf die ganzen demokratischen Gepflogenheiten, dass alles strukturell richtig abläuft, wenn es mal passt und wenn es mal nicht passt, dann setzen Sie irgendeinen Punkt auf die Tagesordnung, worauf sich noch nicht einmal die Zivilgesellschaft vorbereiten konnte. Letztens waren im Görlitzer Park mehrere Tausend Menschen beim KIZ-Konzert und haben gegen diesen Zaun protestiert. Vielleicht hätten diese Menschen, und das gehört auch zu unserer Demokratie, einen Protest vorm Abgeordnetenhaus organisiert, wenn sie gewusst hätten, dass es diesen Gesetzestext gibt. Damit unterbinden wir sozusagen auch so einen Protest, und das ist antidemokratisch.

Es geht hier um das Thema Sicherheit; das ist ganz klar mit diesem Gesetz. Ich finde das einfach grundsätzlich falsch, dass wir, wenn wir über Sicherheit reden, auf einmal über die Umzäunung des Görlitzer Parks sprechen. Es sind soziale Probleme, die es dort gibt, und soziale Probleme brauchen soziale Lösungen. Das heißt auch mehr Investitionen in die Jugendarbeit, mehr Investitionen in die Prävention, mehr Investitionen in die Suchtberatung. Anstatt da rein zu investieren, wird dort gekürzt und ein Zaun gebaut. Sogar die Polizeigewerkschaft sagt, dass so ein Zaun im Prinzip nichts bringt, sondern dass das die Probleme nur verlagert. Sie haben versucht, über Jahre hinweg, und zwar die SPD, mit mehr Polizeipräsenz die Probleme im Görlitzer Park zu lösen. Das hat nicht funktioniert. Das Geld, was da reingeflossen ist, ist unnötig gewesen. Das Geld könnten wir für Klimaschutz gebrauchen, das Geld könnten wir für Umweltschutz gebrauchen. Diese Law-und-Order-Politik ist an diesem Ort einfach fehlgerichtet.

Lassen Sie mich noch einen Punkt sagen, weil in dem Zusammenhang immer wieder über Drogen gesprochen wird: Die Menschen, die dort Drogen verkaufen, sind nicht über die tödlichste Grenze dieser Welt migriert und vor Krieg und Leid geflohen, um hier dann Drogen zu verkaufen. Gebt denen eine Arbeitserlaubnis, löst diese Probleme anders, und dann sind diese Probleme auch nicht mehr da.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Koçak! – Ich möchte eine kurze Anmerkung der Vollständigkeit halber machen. Herr Koçak, gestern wurde auf der Homepage des Abgeordnetenhauses veröffentlicht, dass wir heute darüber beraten werden. – [Ferat Koçak (LINKE): Kurzfristig!] – Ja, kurzfristig, das habe ich nicht in Frage gestellt. Die Öffentlichkeit wurde gestern, nicht heute, darüber informiert. Ob das kurzfristig ist oder nicht, das diskutieren Sie. – Jetzt habe ich auf der Redeliste weitere Wortmeldungen von Herrn Freymark und Frau Tomiak. – Bitte!

**Danny Freymark (CDU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Es tut mir leid, dass ich noch einmal das Mikrofon bedienen muss. Noch zwei Gedanken – erster Gedanke: Als überzeugter Demokrat weise ich von mir und von uns, dass wir antidemokratisch agieren. Wäre es antidemokratisch, wäre es nicht erlaubt, dann würden wir das gar nicht so machen können. Das heißt, dass die Geschäftsordnung dieses Hauses es zulässt, kurzfristig Tagesordnungspunkte auf die Tagesordnung zu setzen. Wenn Sie mit dieser Geschäftsordnung nicht einverstanden sind, machen Sie eine neue. Den Moment haben Sie in sechseinhalb Jahren leider verpasst.

Zweiter Gedanke: Sie haben beim Plenum noch eine Woche Zeit, jeden Protest zu organisieren, Herr Koçak, sehr gerne. Sie haben hier gerade die Situation des Haushalts, was fast schon eine Überleitung zum nächsten Tagesordnungspunkt ist, bedient, indem Sie gesagt haben, dass man andere Maßnahmen organisieren könnte, um Geld zu sparen. Wenn Sie diese Demonstration vor Ort noch einmal deutlich machen, dann würde ich Ihnen auch gerne eine Bitte auf den Weg geben: Die Müllhalde, die nach der Demo, nach dem Konzert hinterlassen wurde, war immens. Diese Kosten trägt die Allgemeinheit. Protest ja, aber bitte nicht nur immer zulasten der Allgemeinheit! – Vielen Dank!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Freymark! – Frau Tomiak, bitte!

**June Tomiak (GRÜNE):** Vielen Dank! – Ich glaube, dass die Debatte noch einmal zeigt, dass es ein bisschen Verwirrung über diesen Prozess gibt, was auch dieser Kurzfristigkeit geschuldet ist. Vorhin wurde gesagt, dass der Rat der Bürgermeister und Bürgermeisterinnen – RdB – gefragt wurde und es eine Zustimmung gab. Daher nur für uns, damit wir das nachvollziehen können: Diesen Änderungsantrag, den wir jetzt vorliegen haben, hat der RdB doch noch nicht gesehen, oder doch? Könnte vielleicht der Senat noch einmal erklären, was da abgestimmt wurde? Es wurde jetzt aus meiner Sicht ein bisschen suggeriert, dass dieser Änderungsantrag auch mit dem RdB abgeklärt war. Das würde ich gerne herausarbeiten, ob das so ist, oder ob das tatsächlich nur bei uns hier eingeführt wurde.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Tomiak! – Gibt es weitere Wortmeldungen vonseiten der Ausschussmitglieder? – Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich das Wort an Frau Senatorin Bonde. – Bitte!

**Senatorin Ute Bonde (SenMVKU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Auf diese Frage antworte ich gerne. Das Gesetzgebungsverfahren sieht so aus: Wenn der Senat ein Gesetz einbringt, was in diesem Falle geschehen ist, dann wird der Rat der Bürgermeister damit befasst. Wenn dann im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens Änderungen durch die Fraktionen an dem Gesetz vorgeschlagen werden, dann wird der Rat der Bürgermeister nicht befasst. Das ist das ganz normale Gesetzgebungsverfahren und -geschehen. Es gibt gar keinen Weg zum Rat der Bürgermeister, wenn die Fraktionen etwas einbringen.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Senatorin Bonte! – Wir haben die Aussprache hinter uns, die Stellungnahme des Senats haben wir auch hinter uns. Dann kommen wir zu der Abstimmung über den Änderungsantrag zur Drucksache 19/1446. Davor gibt es eine Wortmeldung von Herrn Freymark.

**Danny Freymark (CDU):** Ich würde darum bitten, dass wir es als dringlich beschließen.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Das machen wir nach der Abstimmung. – Dann wiederhole ich mich: Wir kommen nun zu den Abstimmungen über den Änderungsantrag zur Drucksache 19/1446. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt gegen den Änderungsantrag? – Das sind die Fraktionen Die Linke und die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Änderungsantrag angenommen. Dann die Abstimmung über die so geänderte Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1446, Zweites Gesetz zur Änderung des Grünanlagengesetz-

zes: Wer stimmt dieser Vorlage zu? – Das sind wieder die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Die Vorlage ist damit angenommen. Die Dringlichkeit haben wir vorhin angesprochen. Wer dafür ist, dass die Beschlussfassung dringlich dem Plenum überwiesen wird, den bitte ich um die Zustimmung. – Das sind die Fraktionen der Koalition und die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Damit wird die Dringlichkeit der Beschlussempfehlung an das Plenum beschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung – neu –

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Auflösung der Pauschalen Minderausgabe 2024**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0188](#)  
UK

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Dann rufe ich auf

Punkt 5 der Tagesordnung – neu –

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0189](#)  
**Schutz der Berliner Kleingewässer** UK  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Antrag der AfD-Fraktion [0129](#)  
Drucksache 19/1289 UK  
**Wir schützen, was wir schätzen – Landesweites  
Monitoring für die Berliner Kleingewässer  
etablieren!**

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüße ich als Anzuhörende ganz herzlich Frau Verena Fehlenberg vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V., Landesverband Berlin e. V., und Herrn Anton Kulmus, Experte für den Schäfersee. Zudem nimmt Frau Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck, Leiterin der Abteilung für Ordnung, Straßen, Grünflächen, Umwelt- und Naturschutz des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg von Berlin, teil. Auch Ihnen herzlich willkommen! Ich darf feststellen, dass auch Sie mit den Liveübertragungen und den Ton- und Bildaufnahmen der Sitzung einverstanden sind. – Das ist der Fall. Ich gehe außerdem davon aus, dass ein Wortprotokoll zu TOP 5 – neu – angefertigt werden soll. – Ich schaue zu den Ausschussmitgliedern. Ich sehe Kopfnicken, dann verfahren wir so. – Möchten die antragstellenden Fraktionen den Besprechungsbedarf zu TOP 5 a – neu– begründen? – Das ist der Fall. – Frau Vierecke, bitte!

**Linda Vierecke (SPD):** Vielen Dank! Ich freue mich sehr, dass Sie da sind, liebe Anzuhörende! Schön, dass wir dieses Thema setzen! Ich glaube, wir müssen alle anerkennen, dass wir eine Wasserrahmenrichtlinie haben, die uns eigentlich dazu anhält, bis 2027 unsere Gewässer in einen guten Zustand zu bringen, und dass das eine ganz schwierige Kiste wird. Die Kleingewässer sind als Lebensräume, aber auch als Erholungsräume extrem wichtig für die Stadt. Wir merken aber gleichzeitig, dass sie extremen Belastungen ausgesetzt sind und wir dabei einen erheblichen Schritt vorankommen müssen.

Ich habe mich bei der Aufstellung des Haushalts sehr gefreut, dass es einen eigenen Titel dafür gibt und dass die Senatsverwaltung das Thema gesehen hat. Wir haben uns als Koalition bemüht, diesen Titel wirklich noch einmal erheblich zu stärken, einfach weil wir auch aus der Zivilgesellschaft, die sich darum auch wirklich super kümmert – saubermacht, versucht, irgendwie Sachen zu retten –, immer wieder die Rückmeldung kriegen, dass sie schlichtweg überlastet ist. Wir müssen einfach vorankommen, glaube ich, wirklich auch zu verstehen, was eigentlich die Gewässer sind, die in der Stadt sind und wo wir eine Priorisierung setzen wollen, was jetzt mal dran ist, was schnell gemacht werden muss.

Ich freue mich auch, dass Sie aus dem Bezirk da sind und uns eine Rückmeldung geben. Da passiert natürlich schon einiges. Ich glaube aber, es ist noch einmal wichtig zu gucken, wenn wir auf die nächsten zwei Jahre schauen: Was muss eigentlich als Erstes gemacht werden? – Ich freue mich jetzt auf die Debatte und den Austausch. Let's go!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Vierecke! – Herr Freymark, bitte!

**Danny Freymark (CDU):** Auch nur ganz kurz: Vielen Dank, dass Sie da sind! Bitte entschuldigen Sie die Verzögerung, kann man sagen, Sie haben dadurch an anderen Debatten fast teilhaben können. Ich freue mich, dass Sie alle so engagiert sind. Frau Fehlenberg, es ist vor über einem Jahr gelungen, über Lottomittel das Wassernetz möglich zu machen, worüber ich mich freue, weil das auch alle Fraktionen unterstützt haben. Sie haben schon tolle Veranstaltungen auf den Weg gebracht. Das Ziel auch dieses Besprechungspunktes war es, regelmäßig zu hören: Wo stehen wir? Was haben Sie für Blickwinkel? Welche Erfahrungen machen Sie? –, aber auch, das mit dem abzugleichen, was im Senat passiert. Da passiert nämlich einiges. Ich glaube, dass das Abgeordnetenhaus genau der richtige Ort ist, um das sichtbar zu machen.

Herr Kulmus, den ich auch schon von vielen Veranstaltungen kenne, hatte sich ja zuletzt mit einer Petition aufgemacht, von der ich weiß, dass er die Beantwortung nicht so gut fand. Deswegen freue ich mich, dass er heute die Gelegenheit hat, dazu vielleicht noch einmal ein paar Sätze persönlich zu sagen und seine Erwartungshaltung an die Abgeordneten, an den Senat zu richten. Schön, dass Sie da sind! Wir freuen uns auf die Diskussion.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Freymark! – Möchte die AfD-Fraktion den neuen TOP 5 b begründen? – Das ist der Fall. – Herr Bertram, bitte!

**Alexander Bertram (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich freue mich auch, dass wir heute zu dem Thema eine Anhörung haben. Wir sind ja schon etwas länger da dran. Als im vergangenen Jahr der Kleingewässerreport des BUND erschien, wurde sehr deutlich, wie viel Handlungsbedarf eigentlich besteht und wie sehr die Zeit drängt, hier wirklich tätig zu werden, weil immer mehr Kleingewässer verschwinden. Einerseits natürlich aufgrund der herausgehobenen Wichtigkeit im Rahmen des Schwammstadtkonzepts, aber auch als Lebensraum für Amphibien und Insekten, haben wir gemerkt, dass dringend etwas passieren muss.

Der Report selbst stellt ja lediglich einen kleinen Ausschnitt aller Kleingewässer dar. Ich glaube, es waren drei Bezirke, die damals vom BUND untersucht wurden, was man auch total verstehen kann; aufgrund der begrenzten Mittel ist das absolut verständlich. Ich habe damals im Rahmen einer Schriftlichen Anfrage erfragt, wie denn das Monitoring der Kleingewässer und die Bestandsaufnahme in den einzelnen Bezirken erfolgen. Da waren die Rückmeldungen aus den Bezirken doch schon sehr aufschlussreich, denn die reichten im Grunde von der Überprüfung mit automatischen Messstellen, Drohnenflügen, jährlichen Gewässerproben in einem Bezirk über ein Forschungsprojekt, weiter bei anderen Bezirken, die das lediglich anlassbezogen im Beschwerdefall machen, bis zu der ernüchternden Aussage, dass ein Monitoring aufgrund mangelnden Personals überhaupt nicht stattfindet und der jeweilige Bezirk dann im Grunde ahnungslos über den Zustand der Kleingewässer ist, zumindest ohne einen umfassenden Überblick darüber. Da haben wir gesagt, das ist natürlich ein absolut unbefriedigender Zustand, bei dem man dringend Abhilfe schaffen muss. Da ist nun mal der erste Schritt, dass

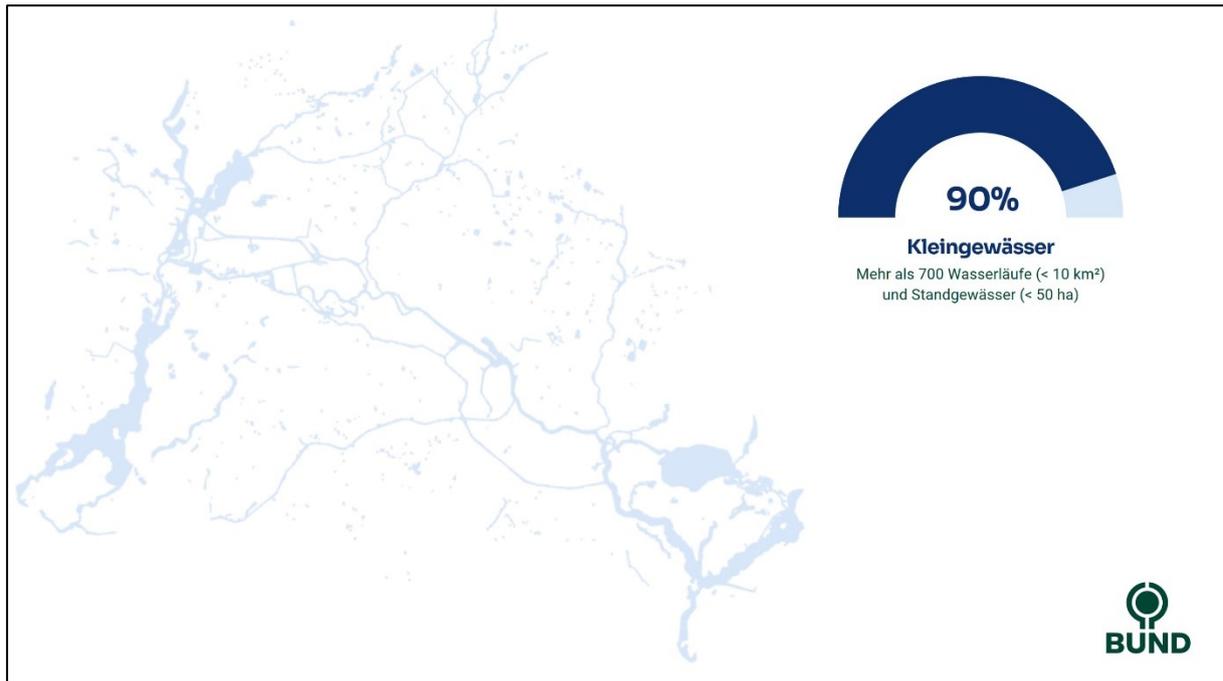
wir die Schaffung eines landesweiten Monitorings und im Idealfall damit auch die Herstellung eines Kleingewässerkatasters ermöglichen, was wir mit unserem Antrag genau fordern. Daraus kann man die weiteren Maßnahmen und langfristigen Entwicklungsziele wirklich seriös ableiten. Dafür sitzen wir heute hier zusammen. – Danke schön!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Bertram! – Ist eine einleitende Stellungnahme des Senats zu den Punkten 5 a und 5 b – neu – gewünscht? – Das ist der Fall. – Frau Senatorin Bonde, bitte!

**Senatorin Ute Bonde (SenMVKU):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Expertinnen und Experten! Ich freue mich sehr auf die Anhörung. Ich kann mich den Worten, die hier schon gefallen sind, einfach nur anschließen. Im Senat geschieht schon einiges. Insofern freue ich mich darauf, wie Sie genau dies bewerten. Denn der Erhalt von Kleingewässern ist uns für den Schutz der Artenvielfalt sehr wichtig, und auch für den Schutz der zahlreichen Pflanzen- und Tierarten, die sich rund um die Kleingewässer, aber auch in den Kleingewässern, aufhalten. Ich möchte gar nicht viel mehr ausführen, sondern bin jetzt sehr gespannt auf Ihre Expertise. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Senatorin Bonde! – Jetzt kommen wir zur Anhörung zu TOP 5 a und 5 b – neu –. Ich möchte nun den Anzuhörenden das Wort geben und Sie bitten, Ihre Stellungnahme nach Möglichkeit auf fünf Minuten zu beschränken, damit im Anschluss die Möglichkeit besteht, die Fragen der Abgeordneten zu beantworten. Zuerst kommt die Stellungnahme von Frau Fehlenberg – wir gehen hier alphabetisch vor –, und dann kommt Herr Kulmus. – Frau Fehlenberg, Sie haben das Wort.

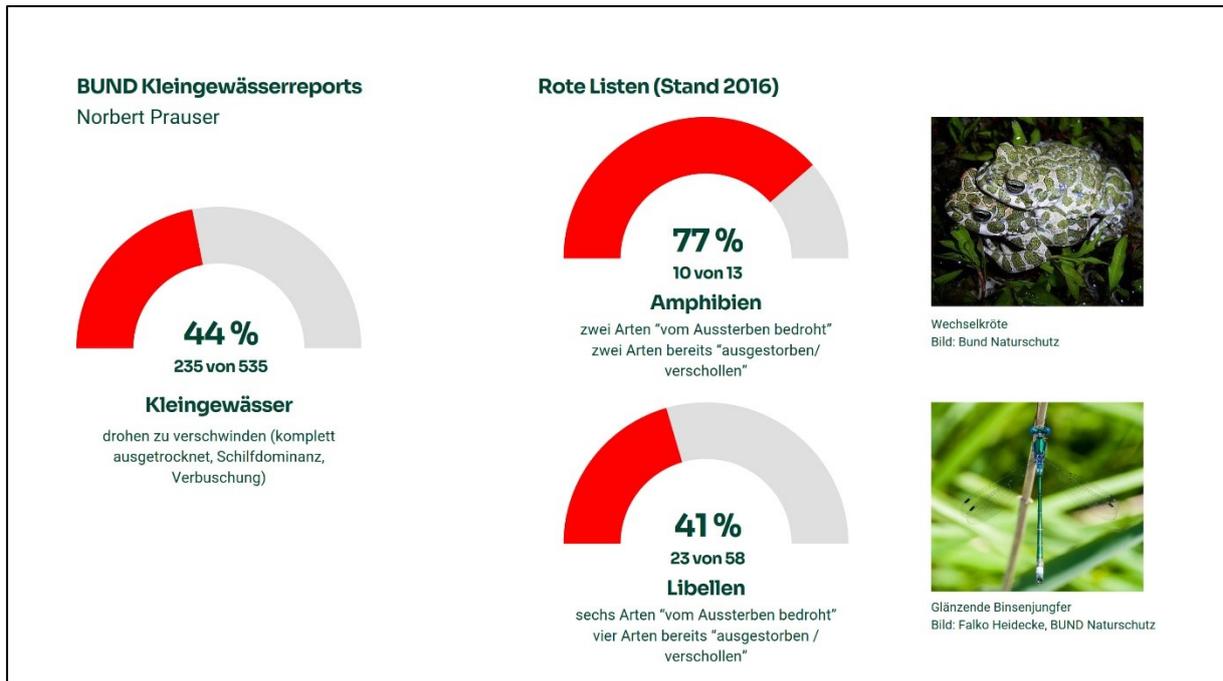
**Verena Fehlenberg (BUND e. V.):** Zunächst einmal auch von mir vielen Dank für die Einladung!



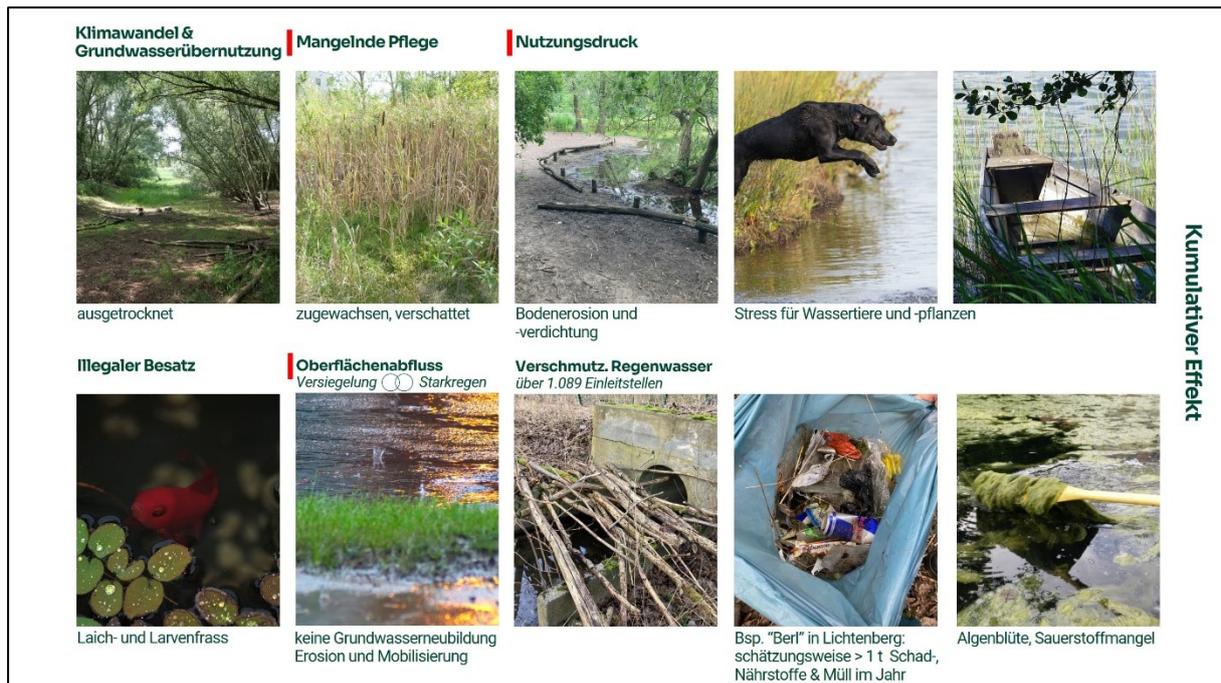
Ich will auch gleich loslegen. Wir haben in Berlin mehr als 700 kleine Wasserläufe und Stillgewässer, das sind also 90 Prozent aller Gewässer in Berlin.



Ich denke mal, den Nutzen von Kleingewässern kennen Sie. Ich will eine Sache herausstellen, und zwar, dass Kleingewässer 70 Prozent aller Süßwasserarten beherbergen. Sie sind also enorm wichtig für den Artenschutz. Sie sind gleichzeitig sehr sensibel, weil sie eben klein sind und nicht tief, also sehr anfällig für Grundwasserabsenkungen und auch für die Einträge von Schad- und Nährstoffen.



Mein Kollege Norbert Prauser hat sich inzwischen alle Kleingewässer, also alle Stillgewässer, in Berlin angeschaut. Er kam zu dem Ergebnis, dass 44 Prozent dieser Gewässer zu verschwinden drohen, weil sie entweder komplett ausgetrocknet oder verlandet waren. Sie haben das eben schon angemerkt: Das hat massive Auswirkungen zum Beispiel auf die Amphibien- und Libellenpopulation.



Was ist der Grund, dass es den Kleingewässern so schlecht geht? – Ein großes Thema ist diese Grundwasserübernutzung. Insbesondere in den Einflussbereichen der Wasserwerke haben wir stark sinkende Grundwasserspiegel. Das Ganze wird durch den Klimawandel verstärkt und auch durch die zunehmende Flächenversiegelung, die immer noch zunehmend ist. Die Pflege ist ein ganz großes Thema, weil die Gewässer einfach zuwachsen, sich selbst überlassen werden und somit natürlich auch die Vegetation zusätzlich Wasser trinkt.

Der Nutzungsdruck: Es gibt eine fehlende Besucherlenkung, vor allem an den sensiblen Uferbereichen, es wird auch zu wenig die Leinenpflicht kontrolliert – ein paar Beispiele zum Nutzungsdruck –, wir haben das Problem mit dem illegalen Besitz, dass also Anwohner ihre Goldfische aussetzen, die Krankheitserreger in das Gewässer eintragen und die natürlich auch Amphibienlaich und Larven fressen.

Ein ganz wichtiger Aspekt ist dieses Thema Oberflächenabfluss, die Kombination aus Starkregen und Versiegelung, die sehr große Frachten an Wasser auch in die Kleingewässer bringt, mit allem, was das Wasser vorab mit sich getragen hat.

Die Verschmutzung durch Regenwasser: Wir haben in Berlin circa 1 089 Einleitstellen, über die verschmutztes Regenwasser in diese Kleingewässer eingeleitet wird. Da kommen sogenannte Ewigkeitschemikalien mit rein, also Stoffe, die sich eigentlich nie abbauen, Schwermetalle, Hundekot, aber auch viel Müll.

Ich habe Ihnen hier mal so ein Beispiel des Kleingewässers Berl in Lichtenberg mitgebracht. Die Hochrechnung der Senatsverwaltung besagt, dass hier jährlich über 1 Tonne an Schad- und Nährstoffen und auch Müll ins Gewässer gelangen. Wir waren – Sie hatten das Wasser-Netz erwähnt – vor Ort. Wir hatten einen Dialog. Wir haben da auch Müll gesammelt. Wir haben da teilweise Lichterketten, Kochtöpfe gefunden, alles Dinge, die wirklich über das Einleitbauwerk in das Gewässer gelangen. Das Gewässer ist umzäunt und kann nicht betreten

werden. Es macht einen wirklich sprachlos. Diese Nährstoffeinträge führen natürlich in fast allen Gewässern zu einer starken Algenblüte und Sauerstoffarmut. Man kann sagen, je mehr Nährstoffe im Gewässer sind, desto weniger ist die Artenvielfalt.

# Handlungsempfehlungen

---

<b>01 Monitoring</b> Erfassung <u>aller</u> Kleingewässer und regelmäßige Zustandsbewertung	<b>02 Vielfalt fördern</b> Für die Artenvielfalt ist entscheidend: <ul style="list-style-type: none"><li>• <b>Vielfalt</b> der Gewässer (permanent, temporär nasse sowie unterschiedlich lang nasse Gewässer)</li><li>• <b>Menge</b> an Gewässern</li><li>• <b>Vernetzung</b> (Trittsteine)</li></ul>	<b>03 Mindestwasser</b> Mindestwasserbedarf nach "Typ" ermitteln und gewährleisten!	<b>04 Konzepte entwickeln</b> <ul style="list-style-type: none"><li>• Renaturierung</li><li>• Entsiegelung im EZG</li><li>• saubere Wasserversorgung</li><li>• Pflege (HB Gute Pflege)</li><li>• Besucherlenkung</li><li>• Gartendenkmalpflege zugunsten der Artenvielfalt</li></ul>
<b>05 Verantwortliche benennen</b> <ul style="list-style-type: none"><li>• BWB, SenMVKU, UNB, SGA</li></ul>		<b>07 Budgetierung II</b> <ul style="list-style-type: none"><li>• Zweckbindung "Grüner Mittel" in Bezirkshaushalt</li><li>• eigenes Produkt für Kleingewässer in Produktkatalog der Pflegeämter schaffen</li></ul>	<b>09 Aufklärung</b> <ul style="list-style-type: none"><li>• Pflegefirmen etc.</li><li>• Zivilgesellschaftl. Organisationen fördern</li></ul>
<b>06 Budgetierung I</b> <ul style="list-style-type: none"><li>• Kostenplan für Renaturierung</li><li>• gut planbare Mittelbereitstell.</li></ul>		<b>08 Wasserverbräuche senken</b>	

Was sind unsere Empfehlungen? – Das Thema Monitoring wurde erwähnt. Ganz wichtig ist, dass alle Gewässer und der Zustand erfasst werden. Wichtig ist: Wenn Sie Programme machen, schauen Sie sich auch die Vielfalt der Gewässer an! Wir haben sowohl permanente als auch temporäre als auch unterschiedlich lang nasse Gewässer. Auf all diese Gewässer haben sich Arten spezialisiert. Es kommt wirklich auch auf den Mix der Gewässer an. Da spielt die Menge eine große Rolle. Nur wenn wir die Menge haben und diese Gewässer entsprechend vernetzt sind – Stichwort Biotopverbund –, können Arten sich ausbreiten und genetisch austauschen.

Für diese Gewässertypen brauchen wir einen Mindestwasserbedarf. Der muss ermittelt und auch sichergestellt werden. Daraus leiten sich dann die entsprechenden Konzepte ab. Wir brauchen ein Konzept für die Renaturierung, wir brauchen eine gezielte Entsiegelung im Einzugsbereich der Kleingewässer, es muss eine saubere Wasserversorgung sichergestellt werden, wir brauchen Konzepte für eine gute Pflege. Hier bietet das Handbuch „Gute Pflege“ erste Antworten. Das muss in die Umsetzung kommen.

Das Thema Besucherlenkung ist wirklich enorm wichtig, dass auch hierfür Konzepte erstellt werden. Wir brauchen auch ein Umdenken in der Gartendenkmalpflege. Es gibt einige Gewässer, wo zum Beispiel auch Wasserpflanzen nicht erlaubt sind, die aber wirklich für ein intaktes Ökosystem sehr wichtig sind. Für diese Konzepte braucht es klare Verantwortliche, sowohl bei den Berliner Wasserbetrieben, in der Senatsverwaltung, in der Unteren Naturschutzbehörde, in den Straßen- und Grünflächenämtern. Das heißt, die Konzepte müssen zusammen entwickelt und umgesetzt werden.

Das Thema Budgetierung ist wichtig. Wir brauchen das Geld für die Sanierung und auch für die Renaturierung. Da ist es wichtig, dass Sie die Mittel wirklich gut planbar bereitstellen. Das sind unsere Rückmeldungen aus den Bezirken, dass die auch Zeit haben, diese Gelder abzurufen und einzusetzen. – Der zweite Bereich der Budgetierung ist das Thema Pflege, und das ist leider etwas, was zu kurz kommt. Hier wäre den Bezirken, denke ich, schon mal sehr geholfen, insbesondere den Pflegeämtern, wenn es eine Zweckbindung grüner Mittel gibt, das heißt, dass wirklich die Gelder, die für die Grünflächenpflege eingesetzt werden, auch hierfür ausgegeben werden müssen.

Als Letzter Punkt auch eine Rückmeldung, die wir erhalten haben: Es braucht ein eigenes Produkt für die Kleingewässer im Produktkatalog der Pflegeämter. Das gibt es nicht, und dadurch fallen die Ausgaben für die Pflege und letztendlich auch die Pflege oft hinten runter.

Das Thema Wasserverbräuche senken, denke ich, ist klar. Wir müssen aufpassen, dass die Grundwasserspiegel nicht weiter sinken. – Zu guter Letzt zur Aufklärung: Es müssen auch Institutionen wie die beauftragten Pflegefirmen dafür sensibilisiert werden, wie wichtig Kleingewässer sind, wie eine angemessene Pflege aussieht und natürlich auch das, was wir als Zivilgesellschaft versuchen, die Bevölkerung über die Wichtigkeit aufzuklären, dass sie das auch weiterhin so unterstützen.

Vielleicht noch als allerletzten Hinweis: Ich denke, zwei wichtige Stichpunkte sind einmal das Gewässergütebauprogramm, das hier eben gefallen ist, insbesondere im Bereich Trennkana-  
lisation. Hier sollte auf gar keinen Fall eingespart werden, sondern ein ganz starker Fokus darauf liegen, dass die Senatsverwaltung hier auch gestärkt wird. Es macht sicherlich auch Sinn, sich noch einmal den Rahmenvertrag für die Straßenregenentwässerung anzusehen. Die Berliner Wasserbetriebe bekommen hier teilweise über 90 Millionen Euro im Jahr, um diese Straßenentwässerung umzusetzen. Ich denke aber, hier sollte ein ganz klarer Fokus auf die Reinigung dieser Regenwasserfrachten liegen. So weit erst mal! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Fehlenberg! – Ich muss die Reihenfolge, die vorhin von mir angekündigt wurde, korrigieren beziehungsweise ändern. Weil Frau Dr. Ellenbeck um 11.15 Uhr die Sitzung verlassen müsste, würde ich ihr jetzt das Wort erteilen. – Sie haben das Wort!

**Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck (BA Tempelhof-Schöneberg):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung hier in den Ausschuss! Ich bin jetzt schon zum zweiten Mal hier und freue mich immer, wenn wir auch noch einmal die Sicht der Bezirke in diese Runde einbringen können. Ich war auch von Anfang an dabei und fand auch die Debatten sehr spannend, weil viele der Dinge, die Sie hier besprechen, sehr direkte Auswirkungen auf uns als Bezirke haben. Von daher freue ich mich, wenn ich hier zumindest fünf Minuten auf dieses Thema und unsere Sicht darauf eingehen kann. Ich glaube, da sind wir einfach auch noch ein Stück weit am Anfang der Debatte, wo wir mit diesen Kleingewässern eigentlich hinwollen. Die Analyse ist, glaube ich, sehr klar. Die hat die Kollegin gerade dargestellt. Unseren Kleingewässern geht es extrem schlecht. Das hat sehr unterschiedliche Gründe. Das, was sich gerade sehr stark ändert, ist die Verfügbarkeit von Wasser, der Wassermangel, und die Stressfaktoren. Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg haben wir 23 Gewässer zweiter Ordnung, also Kleingewässer, die bei uns in Bezirkshand lie-

gen. Es gibt noch weitere private Kleingewässer, und alle 23 gibt es nur noch, weil wir Grundwassereinspeisung machen. Sie sind also keine natürlichen Gewässer, die auf natürliche Art und Weise existieren, sondern wir speisen sie mit Grundwasser oder auch zum Teil mit Trinkwasser ein. Sie werden zum Teil durch OLOIDE, also durch Sauerstoffpumpen, künstlich belüftet, sodass sie nicht umkippen, und bei sechs von den Kleingewässern haben wir auch schon ein Gewässermonitoring gemacht, zum Teil auch aufgrund dramatischer Umstände.

Zum Beispiel letzten Sommer, das ging auch durch die Presse, vielleicht haben Sie es gesehen, am Rudolf-Wilde-Park direkt hinter dem Rathaus Schöneberg, ist der Teich an einem Punkt umgekippt, und die Fische schwammen tot oben. Es stank. Wir konnten sehr schnell reagieren. Es sind Gott sei Dank nicht alle Fische gestorben. Das sind die Dinge, mit denen wir zu kämpfen haben und wo wir – das hat die Kollegin gerade sehr richtig dargestellt – im Land Berlin noch keine in unserem System etablierte Aufgabe haben. Die Bewirtschaftung von Kleingewässern ist noch nicht integrativ in dem System der Kosten- und Leistungsrechnung etabliert. Alle Unterhaltungsmaßnahmen in den Kleingewässern, die wir zum Schutz der Kleingewässer machen, können wir über das Produkt einfache Grünanlage abrechnen. Da muss ich Sie jetzt einfach ein bisschen langweilen, aber es ist sehr entscheidend für uns. Das ist sozusagen das, wofür wir am wenigsten Geld bekommen, anders wenn es eine übliche Grünanlage ist, dann gibt es noch die hochwertigen. Dafür bekommen wir sehr viel Geld. Aber für die einfache Grünanlage reicht das Geld hinten und vorne nicht aus. Das ist eher zweimal im Jahr ein Schnitt von der Wiese, was man darüber finanzieren kann. Das ist natürlich keine qualitativ hochwertige und naturschutzfachliche begleitete Unterhaltungsmaßnahme von Kleingewässern. Da bräuchten wir einfach eine andere Systematik. Es ist sehr schön, wenn es Förderinstrumente gibt, die zusätzlich sind, die wir auch gerne nutzen, aber das ersetzt natürlich nicht, dass das auch systematisch in den Budgetierungen der Bezirke verankert werden muss, wo natürlich auch Personalressourcen vorgehalten werden müssen. Für Sonderprogramme ist es immer, das wissen Sie, schwierig für uns Bezirke, solche Sachen zusätzlich umzusetzen, zumal wenn sie dann erst Mitte des Jahres freigegeben werden. Aber das nur am Rande.

Ich möchte noch einmal ein bisschen auf die Dimensionen eingehen. Das eine – habe ich gerade gesagt – ist sozusagen, dass wir für die Unterhaltung von allen Gewässern mehr Geld brauchen und das systematisch bei uns oder im Land Berlin verankert werden muss. Das andere ist aber natürlich auch noch einmal die Größenordnung für das, wo wir merken – das ist eigentlich bei allen, dass sie in einem schlechten Zustand sind –, dass einfach regelmäßig auch größere Sanierungsmaßnahmen gemacht werden müssen: Entschlammungen, zum Teil müssen die Uferbereiche, die auch alle abrutschen, wenn unterschiedliche Wasserstände sind und aufgrund des Nutzungsdruckes und anderen Faktoren, neu angelegt werden. Das machen wir gerade mit einer großen Investitionsmaßnahme am Dorfteich in Lichtenrade. Das kostet allerdings 1,3 Millionen Euro an einem von diesen 23 Gewässern. Das ist etwas, wo das Grünflächenamt sagt: Das ist dann für ein paar Jahre, vielleicht auch Jahrzehnte gut, aber es wird weiter verlanden, und dann wird die gleiche Maßnahme wieder notwendig werden. Das ist schon auch eine Frage, inwiefern wir hier priorisieren müssen und inwiefern – das ist der letzte Punkt, den ich gerne ansprechen möchte – wir uns die Frage stellen müssen, wenn wir gerade auf eine Klimazone wie Toulouse losrasen, was das für unsere Kleingewässer bedeutet. Mit wie viel technischen und finanziellen Mitteln können wir das eigentlich noch aufrechterhalten? Das ist, glaube ich, eine sehr grundsätzliche Frage.

Frau Bonde! Sie haben letztens auch die Wasserstrategie noch einmal vorgestellt. Wir möchten natürlich die Biotope und so weiter erhalten, die um die Kleingewässer herum entstanden sind. Wenn wir plötzlich kein Grundwasser mehr einspeisen dürfen und solche Biotope in einen extremen Stressfaktor kommen, nämlich weil es heiß ist und wir zusätzlich die Unterstützung nicht mehr machen dürfen, weil wir in der Wasserversorgung unserer Stadt priorisieren müssen, kommen wir in eine Situation, die wir alle nicht möchten, und da wünsche ich mir, dass wir eine Strategie haben. Deswegen sagte ich auch am Anfang der Debatte: Wir müssen uns damit auseinandersetzen, wenn wir hier noch weniger Wasser haben werden und längere Zeiten und es heißer wird, was das eigentlich für unsere Kleingewässer bedeutet und wie viel wir da eigentlich auch noch technisch dagehalten können. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Dr. Ellenbeck! – Gibt es kurze Fragen an Frau Bezirksstadträtin Dr. Ellenbeck, weil sie um 11.15 Uhr die Sitzung verlassen muss? – Wie gesagt, kurze Fragen. Ich habe die Wortmeldung von Herrn Freymark gesehen. Ich weiß nicht, ob sich die Wortmeldung von Frau Gennburg auch darauf bezieht. Dann Frau Tomiak. Wie gesagt, kurze Fragen an Frau Ellenbeck. – Herr Freymark!

**Danny Freymark (CDU):** Vielen Dank! – Ich habe wirklich eine ganz kurze Frage. Erst mal vielen Dank für diesen Blickwinkel! Der hilft sehr. Sie haben jetzt gesagt, für eine Maßnahme 1,3 Millionen Euro. Haben Sie tatsächlich auch einen Überblick über alle notwendigen Maßnahmen, weil natürlich die finanzielle Komponente für uns sehr interessant ist? Falls Sie etwas sagen können, sehr gerne, falls nicht, ist das dann eben erst mal so.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Freymark! – Frau Gennburg, bitte!

**Katalin Gennburg (LINKE):** Vielen Dank auch von uns! – Die Frage ist: Welche konkreten Maßnahmen jenseits der Grundwassereinspeisung und der Pumpen wird aus Ihrer Sicht jetzt schon seitens des Bezirks konkret getan, auch im weiteren Feld, jenseits sozusagen des Gewässerschutzes? Mich würde interessieren: Bei den privaten Kleingewässern, werden da die Eigentümer bereits in Haftung genommen und an den Kosten beteiligt oder verpflichtet, diese Instandsetzung durchzuführen? – Danke!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Gennburg! – Herr Bertram!

**Alexander Bertram (AfD):** Auch von meiner Seite vielen Dank für die Ausführung! – Ich habe eine ganz konkrete Frage zu Tempelhof-Schöneberg, weil Ihr Amt auf meine Schriftliche Anfrage geantwortet hat, dass personelle Ressourcen fehlen. Da würde mich interessieren: Ist es generell so, dass die Stelle dazu nicht existieren, oder ist es so, dass eine bestimmte Qualifikation benötigt wird und dass deshalb die Stellen unbesetzt geblieben sind? Das war die eine Frage.

Das Zweite ist, dass Sie gesagt hatten, dass Sie eine neugeschaffene Stelle zum Thema Ökologisierung der Grünpflege hatten, dass diese Stelle in der Zwischenzeit wohl besetzt sei und es deshalb ein Pflegekonzept zu Grünflächen gibt, welches auch die Entwicklung von Gewässern mit Maßnahmenplänen beinhaltet. Da würde mich interessieren, wie sich das seit der Stellenbesetzung entwickelt hat, welche Erfahrungen Sie mit dieser Stelle im Rahmen dieses Programms gemacht haben.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Bertram! – Frau Tomiak, bitte!

**June Tomiak (GRÜNE):** Vielen Dank auch von meiner Seite! – Ich habe ganz grundsätzlich die Frage – wir haben jetzt schon gehört, es geht um Personal, und es geht auch um die Fördersystematik –, wie der Bezirk hier agieren kann. Gibt es noch andere konkrete Maßnahmen, die wir hier begünstigen könnten? Wir sind jetzt in der Opposition, aber vielleicht gibt es auch noch konkrete Wege, wie der Senat oder auch die Koalitionsfraktionen hier unterstützen könnten. Welche Maßnahmen gehen auch kurzfristig, denn es geht auch um Dinge, die wir schnell umsetzen können? Was bräuchten die Bezirke an der Stelle?

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Tomiak! – Zur Beantwortung der Fragen der Ausschussmitglieder erteile ich das Wort Frau Bezirksstadträtin Dr. Ellenbeck. – Bitte!

**Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck (BA Tempelhof-Schöneberg):** Ich versuche, es schnell abzarbeiten. – Wir haben jetzt natürlich noch keine Übersicht darüber, was alles notwendig wäre, denn das ist erst mal auch das Projekt, die Pflegepläne zu erarbeiten und was das dann, erstens, in der großen Sanierung und, zweitens, dann in der Unterhaltung, damit das auch so bleibt, bedeuten würde.

Wir haben noch ein anderes Projekt, um noch einmal eine andere Größenordnung zu nennen, das wir gerade nicht umsetzen, das ist der Kynastteich in der Gartenstadt Tempelhof. Da haben wir auch mit Unterstützung der Senatsverwaltung sehr umfangreiche Grundlagenermittlungen gemacht und sind an dem Punkt, wo wir festgestellt haben, dass dieser ganze Teich, weil er komplett neu angelegt werden muss, also ein neues Ingenieurbauwerk, 7 Millionen Euro kosten würde. Das ist ein Gartendenkmal. Deswegen gibt es da noch höhere Anforderungen und so weiter. An der Stelle pausiert das Projekt verständlicherweise, denn es gibt kein Förderinstrument für 7 Millionen Euro für einen einzigen Teich. Das ist aber zugegebenermaßen ein extrem komplexes und großes Projekt.

Dann war die Frage nach den Privaten. – Da haben wir erst mal keinen Zugriff. Wir kümmern uns auch in der Priorisierung vom Umwelt- und Naturschutzamt vor allen Dingen erst mal um das, wo wir direkten Zugriff haben, denn da können wir natürlich direkt etwas machen. Weiteres kann ich dazu an der Stelle noch nicht sagen.

Die Stellen, die wir dazu haben, das sind sehr unterschiedliche Stellen. Einerseits haben wir beim Umwelt- und Naturschutzamt eine Stelle besetzen können im Sinne der Klimaanpassung Schwammstadt, aber das ganze Thema ist viel größer als nur die Kleingewässer. Sie können sich vorstellen, die Kollegin hat vor drei Monaten angefangen, wir reden über alle möglichen Themen, über Beschattung von Spielplätzen, über Entsiegelung, und das Thema Schwammstadt ist an der Stelle natürlich ein total wichtiges. Das hatten Sie, Frau Gennburg, eben auch angesprochen: Was kann man über Grundwassereinspeisung hinaus noch machen? Da ist das wichtigste Thema das Dachwasser, dass die Pfuhe und unsere Kleingewässer durch das umliegende Dachwasser gespeist werden, und da sind wir an verschiedenen Projekten dran, und das ist auch etwas, was vielleicht eine Antwort auf Ihre Frage ist. Was könnte der Senat noch machen? Was wünschen wir uns? – Tatsächlich die Zusammenarbeit mit den Berliner Wasserbetrieben. Ich glaube, da könnte man vielleicht auch noch ein bisschen mehr Einfluss nehmen, dass das auch priorisiert wird, denn wir bekommen da nur sehr schwer Termine. Wir

sind jetzt im Volkspark Mariendorf mit einem großen Projekt dran, wo auch der Blümelteich durch das Dachwasser von umliegenden Gebäuden gespeist werden soll. Das muss aber durch die Kanalisation von den Wasserbetrieben und so weiter. Es ist sehr schwierig, da zu Ergebnissen zu kommen. Das hat jetzt schon mehr als ein Jahr gedauert, ehrlicherweise, bis wir da den Termin bekommen haben. Den haben wir demnächst, aber da ein bisschen darauf hinzuweisen, dass das prioritär behandelt wird.

Das Thema der Einleitung von Schmutzwasser ist ein riesiges Problem bei Starkregenerereignissen. Es ist dramatisch, was da mit unseren Teichen passiert, wenn dann übergeleitet wird. Das ist aus meiner Sicht auch rechtswidrig, dass das eingeleitet wird, und in dem Fall natürlich eine ökologische Katastrophe für die Teiche, wenn dann Schmutzwasser eingeleitet wird.

Wir haben die Stellen im Umwelt- und Naturschutzamt besetzen können. In den Straßengrünflächenämtern sind wir noch weiter auf der Suche nach geeignetem Personal. Wir haben da jeweils eine halbe Stelle für diese Aufgabe im Fachbereich Straßen, denn es geht um Entsiegelung und so weiter und Schmutzwasser von der Straße, wie geht das, und beim Fachbereich Grünflächen. Das reicht hinten und vorne nicht aus. Da wäre die Budgetierung natürlich der wesentliche Faktor, dass das dann in der Kosten- und Leistungsrechnung – KLR – auftaucht, und dann kann man auch Personal einstellen.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Vielen Dank, Frau Dr. Ellenbeck, dass Sie heute an unserer Ausschusssitzung teilgenommen haben! Ich wünsche Ihnen einen schönen Resttag. – Danke, Herr Kulmus, für die Flexibilität und entschuldigen Sie, dass wir die Reihenfolge kurzfristig ändern mussten. Sie haben jetzt das Wort.

**Anton Kulmus** (Experte für den Schäfersee): Guten Tag! Vielen Dank für die Einladung! – Herr Vorsitzender! Die Abgeordneten! Ich beschäftige mich seit etwa acht Jahren mit dem Schäfersee. Weil ich noch Material verteilen wollte – ich lese zum Schäfersee mal zehn Anmerkungen vor – die Anmerkung vorab: Nach meiner Meinung ist es ein großer Irrtum, das in Kleingewässer und normale Gewässer aufzuteilen. Das gehört meiner Meinung nach zusammen, weil sie alle gleichmäßig verdrückt sind, und zwar ist Schlüsseldreck das Mikroplastik aus Reifenabrieb. Jedes Jahr fallen in Berlin etwa 3 500 Tonnen von diesem hochgiftigen Zeug an, was alles in die Umwelt getragen wird. Mein Engagement bezieht sich auf das Grundgesetz, Entschuldigung, dass ich das zitiere, und zwar Artikel 2 Absatz 2: Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich und so weiter. – Das bezieht sich meiner Meinung nach auch auf die nachfolgenden Generationen. Das wird in der Politik in Berlin leider vernachlässigt, dass wir Nachkommen haben, auf die Rücksicht genommen werden muss.

Jetzt zu meinen zehn ernstesten Anmerkungen zur Schäferseeverschmutzung: Im See lagern rund 70 000 Kubikmeter, das sind 100 000 Tonnen, teilweise hochgiftigen Drecks. Das entspräche etwa einer Beladung von rund 3 700 sogenannter 40 Tonnen-Lastwagen. Dieser Dreck wurde mit dem Straßenabwasser eingespült. Der See hat eine mittlere Tiefe von 4,50 Meter. Die tiefste Stelle ist 7,50 Meter. Ab etwa 2,50 Meter Tiefe ist der See tot. Das Wasser im See ist mit Mikroplastik aus Reifenabrieb, Hundekot und Zigarettenskippen stark belastet. Der Schlamm ist wegen seines Gehaltes an einer Reihe problematischer Stoffe, unter anderem auch Schwermetallen und PAKs als gefährlicher Abfall eingestuft. Dieser sehr sauerstoffzehrende Dreck führte mehrfach, zuletzt Anfang Juni 2018, dazu, dass der in Wasser

gelöste Sauerstoff nicht mehr für die Versorgung der Fische ausreichte. Etwa 300 Kilo tote Fische mussten schnell entsorgt werden.

In den Jahren 2013 und 2014 wurde eine Teilentschlammung, etwa 6,4 Prozent von der Gesamtmenge des Sees, durchgeführt, also keine Vollentschlammung, sondern nur ein kleiner Teil. Allein diese Maßnahme kostete wegen der Giftigkeit 1,8 Millionen Euro. Der See hat fünf Zuflüsse und einen Abfluss. Der Schäfersee muss also nicht vom Grundwasser gespeist werden, sondern das Dreckwasser von der Straße reicht völlig aus. In Jahren normalen Niederschlags, rund 600 Liter pro Quadratmeter, werden jährlich etwa 500 000 Kubikmeter Niederschlagswasser über dem See abgeleitet. Der größte Teil der eingeschwemmten Problemstoffe verbleibt aber im See. Der See entwässert etwa 236 Hektar, also Reinickendorf-Ost, davon gelten 93 Hektar als versiegelt. Das sind rund 40 Prozent der Gesamtfläche des Einzugsgebiets. Die Hälfte etwa sind Dach- und ähnliche Flächen. Das Niederschlagswasser von dort müsste vor Ort zur Versickerung gebracht oder in Zisternen aufgefangen werden, um ein zu starkes Absinken des Grundwasserspiegels zu verhindern beziehungsweise in Trockenphasen der städtischen Vegetation helfen zu können. Doch leider ist in Berlin Niederschlagswasser nach wie vor als Abwasser klassifiziert, das möglichst schnell abzuleiten ist.

Allein in Reinickendorf-Ost dürften die Berliner Wasserbetriebe rund 700 000 Euro jährlich als – Niederschlagswasserabgaben – NWA von den Mietern beziehungsweise Hauseigentümern einnehmen. Es gibt keine erkennbare Gegenleistung vonseiten der BWB an die Zahler. Allerdings haben die BWB von dieser Einnahme so gut wie gar nichts, weil die Überschüsse der BWB an die Eigentümer abgeführt werden müssen. 2018 waren dies 193 Millionen Euro. Es wäre genug Geld da, um die Versickerungsanlagen beziehungsweise Zisternen zu bezahlen. Das enorm verdreckte Niederschlagswasser von den Straßen ist für eine Versickerung völlig ungeeignet. Es muss vorgereinigt werden, da der See perspektivisch sonst endgültig zu einer Kloake wird. Das ist Jahr für Jahr die Schlammmenge von 276 Tonnen Dreck. Das entspräche etwa einer Beladung von zehn 40-Tonnern. Es passt also jeden Monat eine Ladung Dreck in den See.

Die Anlage am Halensee zeigt, dass ein Zurückhalten des Drecks durchaus möglich ist. Eine solche Anlage Retentionsbodenfilter beziehungsweise Schilfbodenfilter genannt, wäre auch am Schäfersee möglich. Auch wenn nur 70 bis 80 Prozent des Drecks zurückgehalten würden, wäre dem See und dem Park schon sehr viel geholfen. Für etwa 3 500 Quadratmeter Retentionsfläche wäre am See Platz. Das würde schätzungsweise 3 Millionen Euro kosten inklusive zweier Absatzbecken, um den groben Dreck von den Retentionsflächen fernzuhalten.

Sauberes Trinkwasser in ausreichender Menge wird eines der Hauptprobleme der Zukunft werden. Die Gedankenlosigkeit unserer Zivilisation im Umgang mit dem Wasser im Allgemeinen und wie es sich im Besonderen auch an unserem Schäfersee zeigt, wird zu einem Überlebensproblem für unsere Enkel und deren Kindeskinde. Kann man den kommenden Generationen die Aufgabe zumuten, diesen Dreck beseitigen zu müssen?

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Kulmus! – Jetzt eröffne ich die Aussprache. Ich habe bis jetzt keine Wortmeldungen bis auf von Frau Gennburg, die vorhin gesagt hat, dass Sie Fragen sowohl an die Anzuhörenden als auch die Bezirksstadträtin hätte. Frau Tomiak, Frau Vierecke, Herr Bertram und Herr Freymark. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich das Wort an Frau Gennburg. – Bitte!

**Katalin Gennburg (LINKE):** Vielen Dank an die Anzuhörenden! – Gut, dass wir uns heute mit dem Thema befassen, und die dramatischen Schilderungen zeigen, dass es enormen Handlungsbedarf gibt. Nun hat die Wassernetzinitiative des BUND in den letzten zwei Jahren uns allen deutlich gemacht, dass es Möglichkeiten gibt zu handeln. Auch der NABU ist in der Sache unterwegs, und Herr Kulmus, Sie haben wahrscheinlich schon mit diversen Abgeordneten hier im Ausschuss Kontakt gehabt. Insofern ist vieles von dem, was gesagt wurde, eigentlich schon lange klar. Die Frage ist: Woran hapert es eigentlich, und was muss geschehen, um gegenzusteuern?

Unsere konkreten Fragen sind vor allem auch an die Senatsverwaltung. Woran hapert es bei der Umsetzung der Blauen Perlen? Da werden Sie wahrscheinlich vor allem das Geld benennen als Thema, aber vielleicht gibt es auch noch mehr Punkte. Wir haben bei dem Reifenabrieb schon sehr eindrücklich gehört, dass es nicht nur eine Geldfrage ist, sondern auch eine der Mobilitätswende. Deswegen wäre mir eine ganzheitliche Sicht auf das Thema schon sehr wichtig. Auch die Frage des Dachwassers zeigt, dass die Versiegelung einen ganz erheblichen Beitrag dazu leistet, wie schlecht es den Gewässern geht. Deswegen wäre es gut, wenn wir das ein bisschen ganzheitlicher diskutieren.

Meine weitere Frage: Was muss geschehen, um den Reifenabrieb nicht den Kleingewässern wie jetzt auch am Schlachtensee oder am Schäfersee, wie Herr Kulmus sagt, zuzuführen, und warum ist das nicht schon längst umgesetzt? Können Sie vielleicht auch noch einmal genau sagen, wer sich bei Ihnen im Haus mit dem Thema Reifenabrieb und Seequalität, den Zustand der Kleingewässer befasst, welche Abteilung, wie viel Zeit da reinfließt und ob das überhaupt eine Dimension hat?

Dann würden wir natürlich gerne auf die Europäische Wasserrahmenrichtlinie eingehen. Wie werden diese Ziele erreicht? Wie sieht der Aktionsplan bis 2027 aus? Gerne die Schrittabfolge: laufendes Jahr 2024, nächstes Jahr 2025 und übernächstes Jahr. Welche Ziele werden an die Gewässer dann konkret gestellt, damit man eine Benchmark hat, um das zu bewerten? Trifft es zu, dass die EU-Vertragsstrafe für das Land Berlin in einer dreistelligen Millionenhöhe ausfallen wird, und wie finanziert das dann das Land Berlin? Wird das aus dem Landeshaushalt finanziert, oder woher? Deswegen sind wir natürlich der Meinung, dass man eher vorher investieren sollte, bevor man Vertragsstrafen kassiert.

Von den Anzuhörenden würde mich interessieren, welche Lösungen Sie sozusagen auch für die Finanzierung konkret vorschlagen. Ich weiß, der BUND fordert das sogenannte Oberflächenwasserentnahmeentgelt und auch die Niederschlagswassergebühr. Vielleicht können Sie darauf auch noch einmal eingehen, und auch auf die Frage, wie insgesamt die Wasserverteilung anders geregelt werden könnte. Wir reden auch über die Frage: Was machen die Wasserbetriebe jetzt in puncto Trinkwassergebühr? Da geht es gerade auch um die Gebührenerhöhung, die von den Wasserbetrieben und Teilen der Koalition ins Spiel gebracht wurde. Das fällt da mit rein, wenn wir das Wassersystem als ein gesamtheitliches System betrachten. Da würde ich mir von Ihnen wünschen, dass Sie noch einmal sagen, wie Sie damit umgehen würden und was Sie uns empfehlen. – Danke!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Gennburg! – Frau Tomiak, bitte!

**June Tomiak (GRÜNE):** Vielen Dank auch von meiner Seite an die Anzuhörenden! – Ich bin dankbar, dass wir heute das Thema Kleingewässer aufrufen und darüber sprechen. Letztendlich ist es aber so, dass wir uns eigentlich in der Systematik einig sind, dass etwas getan werden muss. Ich würde deshalb auch gerne den Senat fragen, wie es denn mit den Haushaltsmitteln jetzt aussieht. Es war so, dass Gelder für diesen Bereich eingestellt worden sind. Wir haben jetzt schon gehört, wie viel Kosten mit einer einzigen Entschlammung beispielsweise verbunden sind, das heißt, die Mittel, die derzeit eingestellt sind, werden absolut nicht ausreichen. Vielleicht kann man einen Impact machen bei einem kleinen Gewässer, vielleicht bei zweien, wenn man sehr effektiv handelt, aber das wird es dann wahrscheinlich gewesen sein. Das heißt, die Frage ist schon: Was tut der Senat jetzt hier, und wie wird das mit finanziellen Mitteln untersetzt? Gerade weil wir uns eigentlich thematisch einig sind, dass gehandelt werden muss, ist jetzt natürlich die Frage: Wie kommt da auch Bewegung in diese Sache?

Viele Fragen wurden jetzt schon abgeräumt. Vielen Dank dafür! Vielleicht auch von meiner Seite noch einmal die Frage: Welche Unterstützung nehmen Sie denn wahr? Wir haben jetzt schon die Perspektive der Bezirke gehört. Wie nehmen Sie auch das Senatshandeln gerade wahr? Welche Maßnahmen fehlen noch? Wenn es irgendwelche Punkte gibt, die Sie gerade in der begrenzten Zeit nicht anbringen konnten, vielleicht das als offene Frage, dass Sie diese Punkte noch nennen können. Vielen Dank für die Einblicke!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Tomiak! – Frau Vierecke, bitte!

**Linda Vierecke (SPD):** Vielen Dank auch von meiner Seite für Ihre Ausführungen! Ich habe einige Fragen an den Senat, aber auch an Sie. Frau Fehlenberg, mich würde interessieren, welche Unterstützung Sie sich für die Ehrenamtlichen, die viel an den Kleingewässern unterwegs sind, wünschen, wo man da noch einmal nachschärfen kann.

Herr Kulmus! Vielen Dank für Ihr Engagement! Sie machen das schon eine ganze Weile und haben auf jeden Fall schon ordentlich Öffentlichkeit für das Thema hergestellt, auch wenn der Schäfersee immer noch nicht in dem Zustand ist, den wir uns, glaube ich, alle wünschen. Haben Sie zum Thema der Einleitungen mit den Berliner Wasserbetrieben Kontakt gehabt? Das würde mich noch interessieren.

An den Senat: Mir scheint, dass die Einleitungen ein großes Problem sind, dass wir eigentlich an eine Abkopplung von den Kleingewässern denken müssen. Wie ist da der Fahrplan? Haben Sie das auf dem Schirm?

Ich stimme zu: Natürlich sind die 4 Millionen Euro, die jetzt für Kleingewässer vorgesehen sind, nicht ausreichend, um alle 700 Kleingewässer wieder in einen guten Zustand zu überführen, aber mich würde trotzdem interessieren, wofür das Geld gedacht ist, wo es jetzt hingehet. Wir sind im laufenden Haushalt. Das Geld ist zur Verfügung gestellt, und deswegen fände ich es gut zu wissen, wo wir da ansetzen.

Noch eine Frage zu den Einleitungen: Laut Wasserhaushaltsgesetz haben Sie die Aufgabe, diesen natürlichen Zustand unserer Gewässer zu schützen. In dem Sinne sind wir in einem Handlungszwang, etwas zu machen, was das Thema Einleitungen angeht. – Danke!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Vierecke! – Herr Bertram, bitte!

**Alexander Bertram (AfD):** Auch von meiner Seite ganz herzlichen Dank für den Einblick, den Sie uns gewährt haben! Ich hätte eine Frage an Frau Fehlenberg, und zwar war bei der Präsentation des Kleingewässerreports im letzten Jahr eine Vertreterin der Berliner Wasserbetriebe dabei. Da habe ich so ein bisschen herausgehört, dass durchaus ab und zu mal zu Kommunikationsschwierigkeiten beziehungsweise zu Konflikten kommt, was nun Kleingewässer ist und was nicht, besonders mit Blick auf die Anlagen der Berliner Wasserbetriebe, die letztendlich Industrieanlagen sind. Die sehen durch die Bepflanzung und so weiter aus wie Biotope, wo aber doch ab und zu gemäht werden muss et cetera, sodass es einen gewissen Konflikt zwischen dem Thema Lebensraum für Insekten und Amphibien und gleichzeitig Industrieanlage der Berliner Wasserbetriebe gibt. Mich würde mich mal interessieren, wie da der Diskussionsstand ist.

Ganz herzlichen Dank an Herrn Kulmus für Ihr Engagement am Schäfersee! Ich war letztes Jahr selbst dort, habe mich dort mit Anwohnern getroffen und habe es mir vor Ort angeschaut, und der See war letztes Jahr, aus meiner Sicht zumindest, in einem echt bemitleidenswerten Zustand. Da schwammen reichlich tote Fische und auch tote Vögel, die wir dort gesehen haben. Da war auch das Thema Reifenabrieb schon ganz groß, und da hieß es zumindest vom Bezirksamt Reinickendorf, dass bauliche Maßnahmen entlang der Residenzstraße passieren sollten, die eine Vorfiltration herbeiführen sollen, bevor das Oberflächenwasser eingeleitet wird. Sie sind da so im Thema drin. Da würde mich interessieren, ob da schon irgendwas seitens des Bezirksamtes passiert ist.

Sie haben auch noch die Retentionsfilteranlage angesprochen. Ich bin auch ein großer Freund von solchen Anlagen. Jetzt hatte ich mal angefragt, wie teuer das für den Schäfersee wäre, und mir wurde gesagt, dass die Spanne zwischen 10 Millionen Euro und 24 Millionen Euro liegt. Das ist eine sehr große Spanne. Haben Sie andere Zahlen? Das Ausbaggern des Sees, das bei dem, was da zumindest aktuell eingeleitet wird, fast jährlich passieren müsste, ist keine Dauerlösung. Da wäre diese Filteranlage, zumindest aus meiner Sicht, auf lange Sicht die bessere Lösung, die wir dazu hätten. – Danke schön!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Bertram! – Herr Freymark, bitte!

**Danny Freymark (CDU):** Auch wenn es langweilig erscheint, will ich mich dem Dank anschließen. Herr Kulmus, was Sie im Ehrenamt hier leisten, ist schon außergewöhnlich. Von Frau Fehlenberg weiß ich es schon seit langer Zeit, und deswegen wirklich ein großes Kompliment!

Zu Ihren Themen: Erste Feststellung für mich: Es ist und bleibt weiterhin sehr wichtig, offensichtlich aber auch sehr teuer. Uns muss klar sein, dass wir dafür entsprechende Rahmenbedingungen setzen müssen. Jetzt wurde das Thema noch einmal angesprochen; dies und das ist passiert/nicht passiert. Ich will es gar nicht in Polemik ausarten lassen, aber ich frage bewusst die jetzige Senatsspitze: Was ist denn in der Vergangenheit unterlassen worden? Warum stehen wir heute immer noch am gefühlten Anfang? Vielleicht sind Haushaltsentscheidungen der letzten Zeit nicht so getroffen worden, wie sie eigentlich mit dem Wissen von heute, gebe ich zu, hätten getroffen werden müssen. Wir haben von der Stadträtin gehört, dass zwei Seen von 23 pauschal schon mal locker 9 Millionen Euro kosten werden. Wir müssen uns immer die Frage stellen: Was davon ist wirklich notwendig und was nicht? Natürlich werden wir immer in dem defizitären Bereich unterwegs sein, dass wir nicht jeden See oder jedes Gewässer, jede Straße, jede Schule auf absolutem Topniveau haben, aber das Niveau, das wir aktuell haben, dass uns vielleicht auch ein bisschen der Überblick fehlt, oder dass wir sehr auf das Ehrenamt und auf Initiativen aus dem vorpolitischen Raum – nicht angewiesen sind, ich weiß, dass im Senat vieles sowieso im Blick ist und auch diskutiert wird, das ist mir bewusst, aber trotzdem höre ich zu viel, was mir Sorge macht. Deswegen finde ich es gut, dass Sie es so ganz klar gesagt haben. Frau Fehlenberg, diese Folie ist schön übersichtlich, die ist grandios. Die werden wir uns noch öfter anschauen müssen, um eine Art Checkliste zu haben, zu sagen: Wo stehen wir? Wo müssen wir ran? Bitte, machen Sie genauso weiter!

Meine Frage: Die technologische Entwicklung, ich nenne es jetzt einfach mal so, wenn man über Filteranlagen redet: Wo stehen wir beim Stand der Technik? Könnte es sein, dass, wenn wir noch zwei Jahre warten, vom Bund, Europa, weltweit so eine grandiose Technik kommt, dass man da, ich spinne jetzt wirklich rum, eine Tablette reinwirft, und dann ist das Thema erledigt? Da schütteln Sie natürlich schon den Kopf. Das war mir bewusst, aber Sie wissen, worauf ich hinauswill.

Was müsste technologisch entweder jetzt schon angewandt werden, beziehungsweise was könnte in der nächsten Zeit, vielleicht mit Unterstützung des Wasserkompetenzzentrums, durch die BWB, durch nationale, internationale Bündnisse, wo ich weiß, dass auch dieser Senat sich auf den Weg gemacht hat, sich da breiter aufzustellen, für uns noch nutzbarer gemacht werden? Wer Ideen hat: herzlich willkommen!

Mich hat es ein bisschen geärgert, wenn ich höre, dass die Wasserbetriebe, zu denen ich persönlich einen sehr guten und schnellen Austausch habe, an anderer Stelle das manchmal vermissen lassen. Da wäre wirklich meine Bitte, Frau Bonde, Frau Behrendt, dass wir sicherstellen, dass auch die Bezirke, nicht eine Fast Lane, aber einen unmittelbaren, schnellen Zugang haben, und ich wünsche mir das auch für so engagierte Personen wie Sie. Herr Kulmus, ich weiß nicht im Detail, ob Sie schon der offizielle Pate vom Schäfersee sind, ob es dafür einen Titel gibt, aber ich finde, dass es wichtig ist, dass Sie, wenn Sie Ideen, Anmerkungen oder Hinweise haben, auf der anderen Seite jemanden haben, der das wahrnimmt, der Ihnen zuhört und der dann vielleicht auch eine Idee hat.

Vielleicht noch einen kurzen Blickwinkel auf die Dinge, die unser Wasser belasten. Das ist Abfall, der dort unmittelbar reingeschmissen wird, Leute, die wirklich verrückt sind und glauben, ihr kaputtes Fahrrad da versenken zu müssen oder die Einkaufswagen. Es gibt noch ganz viele andere Dinge, die ökologisch erhebliche Beeinträchtigungen nach sich ziehen, aber in der Allgemeinheit reden wir fast immer von Reifenabrieb, Tabak, also Nikotin, Zigarettenschuttel, und Fäkalien, Hundekot. Ich weiß nicht, ob ich etwas ganz Wichtiges vergessen habe. Können wir denn eigentlich einschätzen, welchen Anteil die jeweils haben? Ich hätte jetzt keine Vorstellung, wenn dort ein paar Tonnen Schlamm rausgeholt werden müssen: Ist das dann bevorzugt die Zigarette? Ist es bevorzugt womöglich der Hundekot, oder ist es der Reifenabrieb, wo man sagen muss, der findet in einer Stadt wie Berlin massiv statt, das ist unzweifelhaft so. Ich habe mich gestern oder vorgestern wieder sehr geärgert, weil ich an der Straßenbahnhaltestelle war, und da hat jemand am Müllbehälter geraucht und die Zigarette lieber auf den Boden geworfen und nicht in das Müllbehälter. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber das ärgert mich, und das passiert aber in dieser Stadt hunderttausendfach jeden Tag, und wir schauen gewissermaßen alle dabei zu. Wir haben jetzt die Idee des Bußgeldkatalogs. Wir haben aber auch die Frage, wie der Vollzug stattfindet. Das Gleiche kann man für Hundekot sagen. Ich will keine Überwachung überall, aber ich möchte eine andere Sensibilität bei denen, die die Verursacher sind, und es muss dann auch eine Handhabe beim Ordnungsamt und bei der Polizei geben, aber überhaupt eine Erkenntnis, dass man das auch mal bestraft. Ich habe vor zwei, drei Jahren mal eine Schriftliche Anfrage gemacht. Das kann sich alles geändert haben, glaube ich aber nicht. Da hatten einige Bezirke kein einziges Bußgeldverfahren wegen Zigaretten oder Kot gestartet, das muss man sich mal überlegen, kein einziges. Das finde ich nicht angemessen.

Letzte Frage an das Wassernetz und Herrn Kulmus: Was sind Ihre nächsten Schritte? Sie sind vermutlich nicht fertig, sondern Sie erwarten jetzt vieles von uns. Was sind Ihre eigenen nächsten Schritte, und welche nächsten Schritte erwarten Sie von uns, vom Senat, vom Abgeordnetenhaus, damit wir, wenn wir ein halbes oder einem Jahr wieder hier sitzen oder uns an anderer Stelle treffen, nicht die Straßenseite wechseln müssen? – Vielen Dank!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Freymark! – Ich würde jetzt das Wort an Herrn Kulmus beziehungsweise an Frau Fehlenberg geben und Sie darum bitten, wenn es auch viele Fragen gab, sich bei Ihren Antworten kurzfassen, weil wir mit diesem Tagesordnungspunkt zumindest bis 12 Uhr fertig sein müssen und sollten. – Herr Kulmus! Sie haben das Wort.

**Anton Kulmus** (Experte für den Schäfersee): Danke schön! – Ich bin gefragt worden, was ich machen kann, nächste Schritte: Gar nichts. Ich bin völlig allein und versuche, auf die Probleme aufmerksam zu machen, vor allem auf die 3 500 Tonnen Mikroplastik aus Reifenabrieb, die jedes Jahr in Berlin anfallen und die uns alle beschäftigten und die Gesundheit bedrohen.

Angesprochen auf die Versickerung in der Residenzstraße: Ich bin kein Ansprechpartner. Ich bin nicht satisfaktionsfähig für die Berliner Wasserbetriebe, auch nicht für irgendwelche Behördenvertreter. Die Berliner Wasserbetriebe geben vor, dass auf dem Mittelstreifen der Residenzstraße, der verschmälert werden soll, die Straßenabwässer zur Versickerung gebracht werden. Ich schätze, dass etwa 100 Tonnen Mikroplastik aus Reifenabrieb allein dort anfallen. Ich weiß nicht, wie das dann aussehen soll. Wer sich mal ein Bild machen möchte, wie Mikroplastik aus Reifenabrieb in der Realität aussieht, der fährt nach Frohnau, wo es diese 17 ehemaligen Anlagen gibt. Die „Blauen Augen von Frohnau“ sind jetzt alle schwarzschlierig. Wenn Sie nach Oranienburg rausfahren, dann ist rechts der Pilzteich. Das ist eine einzige schlierige, schwarze Masse. So sieht es aus, wenn sich Mikroplastik aus Reifenabrieb irgendwo absetzen kann. Ich nehme an, dass es am Schäfersee unten ähnlich aussieht.

Auf Ihre Anfrage ist geantwortet worden: 10 Millionen Euro bis 24 Millionen Euro. Ich halte solche Angaben für Blödsinn, tut mir leid. Sie entbehren völlig realer Angaben. Das ist einfach PI mal Daumen von der Behörde vorgegeben, um zu sagen: Ach, das ist so teuer, das geht gar nicht. – Das ist also Absicht.

Dazu, wie die chemische Analyse aussieht, habe ich Ihnen noch die Anfrage von Silke Gebel aus dem Jahr 2016 verteilen lassen. Da finden Sie alle Werte. Wenn Sie das mal auf die entnommene Menge von ungefähr 5 000 Tonnen Dreck hochrechnen, dann können Sie sehen, dass Zink die signifikante Substanz für Mikroplastik aus Reifenabrieb ist. – Danke schön!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Kulmus! – Frau Fehlenberg, bitte!

**Verena Fehlenberg** (BUND): Danke für die Nachfragen! Ich versuche schnell, die für mich wichtigsten Sachen zu nennen. – Was ist in diesem Faulschlamm drin? – Phosphor stellt den überwiegenden Anteil. Es wurde eben noch das Thema Mikroplastik, Schwermetalle, sogenannte Langlebigkeitschemikalien genannt. Hinzu kommt der ganze Abfall, der nicht nur vom Ufer aus eingetragen wird, sondern über die Anlagen.

Zum Thema Geld: Es ist auf jeden Fall gut, dass es diese Programme gibt, über die Geld vor allem für die Renaturierung und Sanierung zur Verfügung steht. Vergessen Sie bitte nicht dieses Thema der Anschlusspflege, dass das Ganze auch nachhaltig ist. Da will ich noch einmal diese zwei Punkte nennen: Die Zweckbindung grüner Mittel und Produkt für Kleingewässer sind ganz elementar, und dann muss man gucken, wie viel Geld man darüber hinaus braucht. Ich möchte auch sagen, nicht jede Entschlammung kostet 1 Million Euro. Es gibt auch kleine Gewässer, da kostet eine Entschlammung um die 70 000 Euro, und das ist eine Daueraufgabe. Gerade bei abflusslosen Gewässern müssen Sie immer mal wieder entschlammen, und es ist die Pflicht, das durchzuführen. Das müssen Sie nicht jedes Jahr machen, aber vielleicht alle acht bis zehn Jahre. Um diese Entschlammung nicht ständig machen zu müssen, bleibe ich wieder bei diesem Thema Pflege. Es muss wirklich geguckt werden, dass neben diesen Einträgen über Regenwasser auch so etwas wie Laubeintrag und so weiter minimiert

wird. Es ist ein Werkzeugkasten mit vielen Maßnahmen, wo manche mehr und manche weniger kosten.

Es wurde jetzt viel über den Görlitzer Park gesprochen. Wir hatten gestern den Dialog am Görlitzer Parkteich. Hier gibt es zum Beispiel Parkläufer, die gezielt Leute ansprechen. Hier ist es wirklich wichtig, dass die Leute, die vor Ort aktiv sind, für das Thema sensibilisiert sind und die Besucherinnen und Besucher ansprechen, wenn sie sensible Bereiche betreten. Mit der richtigen Ansprache funktioniert das auch. Es braucht diese Gesamtkonzepte, und man muss dann einfach mal durchrechnen: Was kostet uns das? Was können wir über die Haushaltsmittel abdecken, und wofür brauchen wir zusätzlich Programme?

Ich will noch dieses Gewässergütebauprogramm hervorheben, wo jetzt Maßnahmen angedacht sind. Es wurden Retentionsbodenfilter angedacht. Es gibt auch andere technische Möglichkeiten. Nicht immer hat man Platz für so einen Retentionsbodenfilter. Ich denke, dass die Verwaltung da ganz gute Planungen vorgelegt hat, und das muss mit dem entsprechenden Geld unterfüttert werden.

Verkehr ist auf jeden Fall ein wichtiger Punkt. Wenn wir über Reifenabrieb sprechen, könnte man gucken, was das Einzugsgebiet ist, von wo aus Regenwasser eingeleitet wird. Je schneller der Verkehr fließt, desto höhere Bremswege habe ich und desto mehr Reifenabrieb. Man könnte über ein Tempolimit in diesen Einzugsbereichen nachdenken, aber da ist die Frage, in welcher Entscheidungshöhe das liegt.

Das Thema Berliner Wasserbetriebe: Es kommt immer wieder zu Fehllanschlüssen, was uns mitgeteilt wurde. Es ist nicht nur Regenwasser, sondern teilweise läuft wirklich Abwasser aus den Haushalten in die Gewässer rein. Bei unseren Dialogen ist es leider so, ich will da nichts Böses unterstellen, dass die Berliner Wasserbetriebe bisher nicht vertreten sind, obwohl wir sie immer wieder einladen. Das hängt bestimmt auch damit zusammen, dass da viel Arbeit ist, aber wir würden uns wirklich wünschen, dass die Berliner Wasserbetriebe einen thematischen Input leisten können, wenn es an diesen Gewässern Einleitstellen gibt oder andere technische Bauwerke wie zum Beispiel am Görlitzer Park. Der Brunnen, über den das Gewässer gestützt wird, wird von den Berliner Wasserbetrieben betrieben. Da würden wir uns wünschen, dass da mehr Austausch wäre.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Fehlenberg! – Jetzt kommen wir zur Stellungnahme des Senats. Dafür erteile ich Frau Senatorin Bonde das Wort. – Bitte!

**Senatorin Ute Bonde (SenMVKU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Vielen Dank, Herr Kulmus und Frau Fehlenberg, für Ihre Ausführungen und die Anregungen, die Sie uns mit auf den Weg geben, die wir natürlich gern aufgreifen! Ich möchte grundsätzlich ein paar Punkte ansprechen, bevor ich an Frau Staatssekretärin Behrendt und Frau Fritz-Taute weitergebe.

Der erste Punkt ist der Punkt der Finanzierung. Wir haben es heute schon gehabt, dass die Haushaltsmittel eher rückläufig sein werden, und dass wir insofern zwar Förderprogramme oder Programme auflegen, die finanziell untersetzt sind, aber wir auch darauf angewiesen sind, dass wir Drittmittel einwerben. Die Lottomittel sind heute schon genannt worden. Vielen Dank noch einmal, dass der Einsatz für diese Lottomittel erfolgt ist! Genau diese Wege

werden wir auch in Zukunft beschreiten müssen, weil wir ansonsten nicht genug finanzielle Mittel zur Verfügung haben, um die Kleingewässer hinreichend zu schützen.

Dann ist der Punkt angesprochen worden, dass die Bürgerinnen und Bürger sich nicht so verhalten, wie wir es als erforderlich betrachten, und wie es im Sinne der Kleingewässer wäre. Das finden wir nicht nur in diesem Bereich, sondern wir finden es einfach überall. Sauberkeit ist ein wahnsinniges Thema in der gesamten Stadt, und ich glaube, wir müssen alle gemeinsam alles dafür tun, dass sich die DNA aller Bürgerinnen und Bürger diesbezüglich ändert und dass den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt ganz klar wird: Es geht um ihre lebenswerte Stadt, und es geht letztlich auch um ihr Eigentum. Es ist öffentliches Eigentum, aber da es öffentliches Eigentum ist, ist es auch ihr Eigentum. Ich kann es mir gar nicht vorstellen, dass sich Bürgerinnen und Bürger so verhalten würden, wenn es um ihr privates Eigentum geht. Insofern glaube ich, dass wir da noch ganz viel Arbeit leisten müssen, kommunikative Arbeit, aber auch immer wieder perpetuieren und dieses Thema in der Gesellschaft stressen, und dafür sind wir alle gemeinsam verantwortlich.

Der dritte Punkt ist, dass ich glaube, dass es den Kleingewässern so schlecht geht, weil es sich um einen schleichenden Prozess handelt. Es ist kein spontanes Ereignis, sondern es ist ein schleichender Prozess. Prävention ist gegebenenfalls vernachlässigt worden. Insofern ist jetzt Reaktion erforderlich. Ich kann nur sagen, wir tun in unserer Senatsverwaltung – da möchte ich Frau Fritz-Taute und ihren Bereich ganz besonders erwähnen – alles, was in der Hand von Frau Fritz-Taute und ihrem Bereich steht, um genau dies zu ermöglichen.

Der vierte Punkt, der angesprochen worden ist, der direkte Kontakt zu den Wasserbetrieben: Sowohl Sie als auch wir haben den direkten Kontakt, aber dass wir diesbezüglich auf die Wasserbetriebe zugehen werden, damit nicht nur wir diejenigen sind, die ihn haben, sondern auch alle anderen, die entsprechende Anliegen haben. – Damit möchte ich gern abgeben.

**Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU):** So viel gibt es gar nicht mehr zu sagen, aber noch einmal kurz zu dem, was Danny Freymark gefragt hat, aber auch, was Frau Fehlenberg gesagt hat, nämlich das Thema: Was wurde in der Vergangenheit unterlassen, oder was hätte man anders machen können? – Ein Punkt, den Frau Fehlenberg angesprochen hat, ist das Thema mit der Finanzierung der Pflege, denn es reicht nicht aus, wenn man investiv tätig wird und danach die Pflege nicht gesichert ist. Das ist gerade in den Bezirken ein Riesenproblem. Das Thema mit den Produkten wurde eben auch angesprochen, und es ist völlig klar, dass solche komplexen Pflegemaßnahmen, die bei den Kleingewässern gefordert sind, teuer sind und dass sie vor allem, das ist der zweite Punkt, eine personelle Betreuung brauchen. Es ist einmal die Frage des Produkts, aber auch die Personalausstattung in den Bezirken, bei uns und auch bei den Berliner Wasserbetriebe, denn auch bei den Berliner Wasserbetriebe gibt es ein ganz ernstes Personalproblem. Man muss einfach mal zur Kenntnis nehmen, dass das kein böser Wille ist, sondern ich glaube – wir kennen die Kolleginnen und Kollegen sehr gut –, es ist auch ein Ressourcenproblem.

Die Frage der Sensibilisierung finde ich auch wichtig, wenn man sieht, was alles in den Kleingewässern, aber auch in den Parks landet. Da haben wir mit der Stiftung Naturschutz ein gemeinsames Projekt angestoßen, die Stadtnatur-Ranger. Mit denen war ich vor zwei Wochen mal vor Ort unterwegs, und die haben gerade die Aufgabe, die Menschen, die sich in den Parks bewegen, für die Belange der Natur zu sensibilisieren und sanft darauf hinzuwirken,

dass sie sich konform verhalten und nicht die Natur vor Ort gefährden und dass sie überhaupt erst mal darauf aufmerksam machen, welche Schätze da eigentlich sind. Das ist ganz wichtig. Man braucht einmal Repression, auch das Thema Ordnungswidrigkeiten und dass Sachen geahndet werden. Wenn ich meine Zigarette wegschmeiße und das gesehen wird, dann muss das eine Folge haben. Das Thema Erklären und Prävention ist aber mindestens genauso wichtig.

Reifenabrieb ist natürlich ein Riesenthema für uns, und da haben wir mit dem Kompetenzzentrum Wasser ein gemeinsames Forschungsprojekt aufgelegt, denn es geht darum: Wie können wir das künftig besser miteinander handhaben? Wie können wir Wasser reinigen, bevor wir es versickern? – Das ist auch für das ganze Thema Schwammstadt extrem wichtig.

Dann zur Frage nach der Finanzierung und konkret dem Blaue-Perlen-Programm. Wir hatten das aufgelegt, hatten 30 Gewässer identifiziert, die Potenzial für eine Aufwertung haben. Wir haben für 19 dieser Gewässer über dieses ANK-Programm, Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz, einen Antrag beim Bund gestellt. Da waren wir leider, das hatte ich schon mal hier berichtet, nicht erfolgreich. Unser Antrag wurde abgelehnt. Deswegen sind wir gerade dabei, eine Finanzierung über andere Wege, ganz konkret BENE 2, zu ermöglichen, denn wir sind nach wie vor überzeugt, dass das extrem wichtig ist, dass wir diese „Blauen Perlen“ sichern. In der Vergangenheit haben wir bereits über BENE 1 viele Kleingewässer finanziert. Ich nenne ein paar: Zum Beispiel in Charlottenburg wurde beim Lietzensee eine Uferrenaturierung vorgenommen mit Wasserpflanzenetablierung und in Zusammenarbeit mit dem Thema Denkmalschutz. Das ist nicht trivial, wissen wir auch alle. In Marzahn-Hellersdorf hat man die Hönower Weiherkette und den Waldsee in Steglitz-Zehlendorf finanziert. In Mitte haben wir auch über BENE 1 die Sicherung im Volkspark Rehberge beziehungsweise die Sanierung mitfinanziert, und im Stadtpark Lichtenberg wurde der Teich ebenfalls saniert. Dasselbe gilt für den Plötzensee. Insgesamt haben wir da schon viel gemacht. Ich war jetzt auch bei dem Schäfersee. Das reicht leider nicht aus. Da ist unsere Abteilung V tätig. Wir haben eine Sauerstoffsonde vor Ort, aber, Sie haben es geschildert, das reicht natürlich nicht aus. Wir haben auch da ein Ressourcenproblem. – Vielleicht so viel zum Ersten!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke an den Senat! – Wir sind jetzt am Schluss der Anhörung. Ich möchte Ihnen, unseren Anzuhörenden, im Namen des Ausschusses danken, dass Sie uns heute mit Ihrer Expertise zur Verfügung gestanden haben, und wünsche Ihnen einen schönen Resttag! – Ich schlage vor, die Besprechung zu TOP 5 – neu – zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und die Anhörung ausgewertet werden kann. Besteht darüber Einvernehmen? – Ich sehe Kopfnicken. Dann verfahren wir so.

Punkt 6 der Tagesordnung – neu –

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0133](#)  
**Herausforderungen und Perspektiven in der**  
**Wasserversorgung für Berlin**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD) UK
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0120](#)  
**Grundwasser schonen durch Maßnahmen zum**  
**Grauwasserrecycling in der Gebäudetechnik:**  
**Herausforderungen bei der Umsetzung**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke) UK
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0109](#)  
**Wasserrationierungen dauerhaft verhindern –**  
**Notwendige Investitionen in die**  
**Trinkwasserversorgung**  
(auf Antrag der Fraktion der AfD) UK

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 15.02.2024

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung – neu –

- Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0168](#)  
**Klassenfrage Golfplätze: Wasserverschwender mit**  
**eigenen Brunnen**  
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) UK

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung – neu –

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.